

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.  
(davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Vertrieb 3.97 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 75 Pf. Postgebühren für Auslandsendungen 5.00 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustriertes Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Donnerstag  
21. Januar 1932

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimeterzelle 20 Pf.,  
Reklametzelle 2.— M., „kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 20 Pf.,  
zusätzlich zwei fertige Blatt 20 Pf.,  
weiteres Blatt 10 Pf., Rabatt 11. Zahl.  
Zelle über 15 Buchstaben Abdruck für zwei Zeilen, Arbeitsmarkt Millimeterzelle 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzelle 16 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 4 wochentags von 8½ bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Abdruck: Döblich (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbezugskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Dir.-Geld. Depotskont. Jerusalemstr. 65/66.

## Brüning gegen Moratorium.

### Einjähriger Verlängerungsvorschlag Englands abgelehnt.

Auf Veranlassung der englischen Regierung stiftete der englische Votschaffer in Berlin dem Reichskanzler am Dienstagabend einen Besuch ab, der einer Sondierung der Frage galt, ob die Reichsregierung mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr, also bis zum 1. Juli 1933, einverstanden sein würde.

Der Reichskanzler hat die Frage unter Hinweis auf das Basler Sachverständigengutachten und unter Bezugnahme auf sein Reparations-Interview, in dem der Standpunkt Deutschlands zum Reparationsproblem niedergelegt ist, abgelehnt.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die Reparationskonferenz in Lausanne nicht stattfinden wird, verstärkt sich immer mehr.

### 25. Januar als Termin aufgegeben.

London, 20. Januar.

Das Auswärtige Amt veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem es heißt: Die Verhandlungen zwischen den an der Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgesetzten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen sind gegenwärtig in Gange. Die britische Regierung hofft, daß binnen wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einzuschlagende Verfahren zustande kommt.

Nahemminister John Simon reist am Sonntagabend zur Ratsagung nach Genf ab.

### Brüning, der Prügelnabe.

#### Er soll wegen Lavals Erklärung zurücktreten.

Logik und nationalstiftische Politik haben nur insofern etwas miteinander zu tun, als sie sich gegenseitig ausschließen. Das weiß man aus ungezählten Erfahrungen. Trotzdem passiert es immer wieder, daß man vor den Emanationen nationalstiftischer Geistigkeit erkaunt stehen bleibt. So zum Beispiel jetzt, wo die Reichsregierung auf die Rede Lavals mit dem Schrei nach dem Rücktritt Brünings antwortet.

Man kann Brüning für Verschiedenes verantwortlich machen, und auch wir haben eine lange Rechnung mit ihm. Aber die Erklärung Lavals hat er bestimmt weder verfaßt noch inspiriert. Vielleicht könnte man sagen, er hätte sie provoziert. Aber diesen Vorwurf wird die Rechte am allerwenigsten erheben können, denn ihr war das „deutsche Nein“ Brünings, dem das „französische Nein“ Lavals folgte, immer noch nicht unbedingt und unerbittlich genug. Eine schärfere deutsche Erklärung hätte nur eine noch schärfere Gegenerklärung zur Folge gehabt. An der Tatsache aber, daß Frankreich auf seine Ansprüche nicht ohne weiteres verzichtet, hätte keine deutsche Regierung, wie immer sie aussehen möchte, etwas ändern können.

Inzwischen hat Brüning einen englischen Vorschlag eines neuen einjährigen Zahlungsaufschubs abgelehnt. Wir wissen nicht, ob es stimmt, wenn behauptet wird, die Ablehnung sei weniger wegen des Moratoriums selber erfolgt als wegen gewisser Nebenumstände, mit denen es verbunden sein sollte. Sicher ist, daß sie einen anderen Sinn hat als sonst die Ablehnung eines Zahlungsaufschubs. Denn wenn im bürgerlichen Leben ein Schuldner einen Zahlungsaufschub ablehnt, so hat das den Sinn, daß er zahlen

will. So ist aber die Ablehnung diesmal offenbar nicht gemeint, und die allgemein anerkannte deutsche Zahlungsunfähigkeit schließt uns vor solchen peinlichen Mißverständnissen. Immerhin wird — auch wenn mit der Tatsache des derzeitigen französischen Nichtverzichts gerechnet werden muß — schon im Interesse der schwer geschundenen Weltwirtschaft etwas zur Entwirrung der sich immer mehr verwirrenden Dinge geschehen müssen. Und zwar nicht das, was die Nationalisten diesseits und jenseits wollen, denen es nie frans und lunterbunt genug zugehen kann!

### Lavals sichere Mehrheit.

Paris, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Am dem Ausgang der Kammer-Debatte über die Regierungserklärung Lavals ist nicht mehr zu zweifeln. Die Regierung wird ihre Mehrheit bekommen, selbst wenn die Sozialisten und die Radikalen aus innenpolitischen Gründen gegen sie stimmen. Außenpolitisch besteht eine Einheitsfront von der Rechten bis zu den Sozialisten, wenn auch nicht für die Politik der Regierung, so doch für die Verteidigung der Interessen Frankreichs gegenüber Deutschland und Amerika.

In einer besonders unangenehmen Lage befinden sich die Sozialisten, die die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands anerkennen, sich aber der Tatsache gegenüber befinden, daß Amerika die Zahlung der Schulden verlangt.

Der radikale Abg. Pierre Cot, der heute im „Sole“ einen mutigen Artikel veröffentlicht hat, in dem er für die Streichung der Schulden und Reparationen und die internationale Zusammenarbeit eintritt, wird, ebenso wie andere gemittelte Redner, auf das Wort verzichten. Dafür wird der Abgeordnete Forgeot, der nur selten spricht, aber anfangs 1930 durch eine kurze, energiegelbe Intervention das Kabinett Lardieu stürzte, ähnliche Gedankengänge wie Cot verteidigen, was eine Ueberraschung für die Regierungsmehrheit darstellen wird. Trotzdem dürfte an dem Ausgang der Debatte nicht mehr zu zweifeln sein.

### Adieu, Paul Boncour!

Paris, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Senator Paul Boncour, dem Vizepräsidenten der französischen Delegation für die Abrüstungskonferenz. Beim Verlassen des Innenministeriums erklärte Boncour, daß er bereits in den nächsten Tagen nach Genf abreisen werde. Aus dieser Erklärung schließt man, daß Paul Boncour die französische Regierung auch in der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundesrates vertreten und an Stelle Lavals sogar den Vorsitz führen wird.

Das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ schreibt über die Annahme des Mandats durch Paul Boncour: „Die Bereitwilligkeit Paul Boncours, in die Abrüstungsdelegation einzutreten, ist eine Ueberraschung. Man konnte annehmen, daß der frühere sozialistische Abgeordnete sich das zweimal überlegen würde, oder ist der Wunsch, auf die politische Bühne zu steigen so groß, daß die Politiker ihrer Kostbarkeit beraubt werden? Man weiß zwar, daß Paul Boncour nicht viel Rastlosigkeit besitzt, und daß er die Reklame liebt. Aber man konnte es sich nicht vorstellen, daß er es für möglich hielt, unter den gegenwärtigen Bedingungen hinter Lardieu und vor Duménil und vielen anderen die Rolle anzunehmen, die er in der Vorbereitenden Abrüstungskommission gespielt hat. Er wird in Genf nicht mehr dieselbe Atmosphäre vorfinden, als er sie gewohnt war. Er hat vergessen, daß er nicht mehr durch Briand gedeckt ist, und daß er der Befangene einer Politik sein wird, die der des früheren Außenministers entgegengekehrt ist. Adieu, Paul Boncour.“

## Pilsudski-Schande ohne Ende.

### „Amnestie“-Gesetz mit politischer Unschädlichmachung.

Warschau, 20. Januar. (Eigenbericht.)

In Warschauer politischen Kreisen verläutet, daß die Regierung demnächst ein Amnestiegesetz zu erlassen beabsichtigt, das auch die im Brest-Litovker Prozeß verurteilten Oppositionsführer erfassen soll. Durch die Amnestie soll den Verurteilten jedoch nur die Strafe erlassen werden, während der mit der Strafe verbundene Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte aufrechterhalten werden soll. Auf diese Weise will die Regierung den Oppositionsführern die Möglichkeit nehmen, in Zukunft am politischen Leben Polens teilzunehmen.

### Sozialistische Anklagerede im Sejm.

Im Sejm kam es am Mittwoch bei der Debatte über den Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung zu äußerst scharfen Szenen. Als der sozialistische Abgeordnete Jusawski den Antrag mit scharfen Worten gegen die Terror-

und Gewaltmethoden des Pilsudski-Lagers begründete, wurde er von dem Pilsudski-Lager immer wieder kläglich unterbrochen. Aber er setzte in seiner Abrechnung fort. Er sprach, so führte Jusawski unter anderem aus, nicht für die Sendlinge Pilsudskis im Parlament, sondern für die vom Volk gewählten Abgeordneten. Die Opposition wolle der Welt zeigen, daß nicht alle Polen die heutigen Zustände in Polen billigen. Obwohl die Opposition unter ständigem Terror stehe, bilde sie doch die Mehrheit des Volkes. Das Urteil im Brest-Litovker Prozeß habe er bereits zwei Tage vor der Verkündung von einem Regierungsobergeordneten erfahren.

Nach Jusawski sprachen Vertreter der anderen Oppositionsparteien. Der Oppositionsantrag wurde schließlich von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Das war von vornherein zu erwarten. Wenn der Antrag trotzdem behandelt wurde, dann aus propogandistischen Gründen.

## Her mit den Erstattungen!

### Der Steuerraub an den Lohnsteuerzahlern.

Die Aufhebung der Lohnsteuererstattungen, die die Sozialdemokratie von Anfang an aufs schärfste bekämpft hat, stellt sich immer mehr als ein ungeheuerliches Unrecht an den Lohnsteuerzahlern heraus. Die Lohnsteuererstattungen sind ja keine Sondervergünstigung für die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern sie ermöglichen nur die Rückzahlung zu viel gezahlter Steuern. Jeder Steuerzahler hat dieses selbstverständliche Recht, Steuern, die er zu viel gezahlt hat, zurückzuverlangen. Nur den Lohn- und Gehaltsempfängern hat man es genommen.

Obgleich die Aufhebung der Lohnsteuererstattungen bereits durch die Rotverordnung vom 5. Juni 1931 erfolgt ist, kommt diese Maßnahme den Lohnsteuerzahlern erst jetzt in ihrer ganzen Brutalität zum Bewußtsein. Wenn es die Erstattungen noch gäbe, könnten jetzt die Anträge gestellt werden und viele Hunderttausende von Erwerbslosen haben schon seit Monaten darauf gerechnet, daß sie in dieser Zeit die 30 oder 40 M. zurückbekommen, die sie zu viel gezahlt haben. Hunderttausende haben mit diesen Erstattungen gerechnet, haben gehofft, mit diesem Betrag endlich einmal eine kleine Anschaffung machen zu können, die bisher immer wieder zurückgestellt werden mußte, endlich einmal einen kleinen Zuschuß der färglichen Unterstützung zu bekommen. Jetzt müssen sie zu ihrer maßlosen Enttäuschung auf den Finanzämtern erfahren, daß es keine Erstattungen mehr gibt, daß das zu viel gezahlte Geld für immer verloren ist, daß alle Hoffnungen und Wünsche umsonst gewesen sind.

Bis zu welchen wahnwitzigen Ungerechtigkeiten die Aufhebungen der Lohnsteuererstattungen führt, dafür nur ein Beispiel:

In Berlin gibt es einige hundert Bäcker und Konditoren, die seit Jahr und Tag arbeitslos sind und nur noch als Aushilfsarbeiter gelegentlich beschäftigt werden. Die großen Bäckereien können den besonders großen Bedarf an Backware für Sonnabend und Sonntag nicht mit dem normalen Personal decken und müssen daher in jeder Woche für ein oder zwei Tage Aushilfsarbeiter einstellen. Diese ausnahmsweise beschäftigten Bäcker müssen nun für jeden Tag der Beschäftigung Lohnsteuer entrichten, während ihnen auf der anderen Seite der verdiente Lohn voll auf die Unterstützung angerechnet wird. Und wenn der Steuerabzug täglich auch nur 50 bis 60 Pf. ausmacht, in den 50 Wochen des ganzen Jahres kommen doch 25 bis 30 M. zusammen, die an Steuer entrichtet werden müssen, obgleich der Arbeiter nur 500 bis 700 M. im Jahre verdient.

Früher wurden diesen Aushilfsarbeitern ihre ganzen gezahlten Lohnsteuern erstattet. Jetzt werden auch sie rückstandslos abgewiesen. Die Verweigerung der Erstattungen ist in diesen Fällen eine um so größere Härte, als ja nach wie vor im Einkommensteuergesetz steht, daß der Ledige bis zu 1200 M. Jahreseinkommen, der Verheiratete mit zwei Kindern bis 1680 M. jährlich von jeder Lohn- und Einkommensteuer befreit sein soll. Trotzdem werden hier 20 bis 30 M. oder noch mehr Lohnsteuer nicht zurückgezahlt, obgleich die Lohnsteuerzahler mit ihrem Jahresverdienst weit unter diesen Summen geblieben sind. Früher hatte das Reichsfinanzministerium in diesen Fällen die Erstattung zuerkannt, gleichgültig, ob die Voraussetzungen der allgemeinen Erstattung gegeben waren oder nicht. Jetzt hat man auch diese Billigkeitsmaßnahme beseitigt.

Damit nicht genug! Man hat diesen Armen der Armen nicht nur die Erstattungen genommen, sondern man hat ihnen neue Steuern aufgezwungen, die das Steuerunrecht immer weiter verschärfen. Zu der Krisensteuer, die auch von den allergeringsten Einkommen gezahlt werden muß, kommt die Bürgersteuer mit ihren hohen Zuschlägen. Wenn einer dieser Aushilfsarbeiter das Pech hat, gerade am 10. oder 24. eines Monats Aushilfsarbeit zu bekommen — das sind die Fälligkeitstage der Bürgersteuer —, dann muß er den vollen Betrag der Bürgersteuer bezahlen, auch wenn er sonst von der Bürgersteuer ganz zu befreien wäre.

Kein Wunder, daß die Erbitterung der Betroffenen von Tag zu Tag wächst. Man hat ihre Unterstützungen gekürzt, man hat ihre Steuerlasten erhöht und man verweigert ihnen gleichzeitig die Rückzahlung zu viel gezahlter Steuern, die den Besitzenden nach wie vor zugewilligt wird. Hier muß mit größter Beschleunigung Abhilfe geschaffen werden. Die Sozialdemokratie kämpft

seit Monaten einen zähen Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen. Sie wird diese Fälle brutalen Steuerrechts benutzen, um ihre Angriffe gegen die verhängnisvolle Aufhebungsvorschrift der Notverordnung zu verdoppeln. Aber es gibt darüber hinaus noch Wege genug, um auch ohne neue Notverordnung die schlimmsten Härten zu beseitigen, wenn nur das Reichsfinanzministerium will.

Warum hat das Reichsfinanzministerium die früheren Erstattungen aus Billigkeitsgründen in den Fällen aufgehoben, in denen die Jahresfreibeträge nicht erreicht werden? War das Steuerrecht durch die Aufhebung der allgemeinen Lohnsteuererstattungen noch nicht groß genug? Diese Erstattungen aus Billigkeitsgründen müssen in allererster Linie wieder eingeführt werden. Daneben muß gerade für die Ausfallsarbeiter alles versucht werden, um in Zukunft Erstattungen überhaupt überflüssig zu machen. Auch dafür gibt es Wege, auf denen erreicht werden kann, daß der Steuerabzug für die Lohnsteuer und für die Bürgersteuer überall da unterbleibt, wo die wöchentlichen Freibeträge vom Arbeitslohn nicht überschritten werden. Alle diese Maßnahmen sind ohne große finanzielle Tragweite, so daß sich das Reichsfinanzministerium nicht hinter der Behauptung verschütten kann, daß für die Ausfälle keine Deckung vorhanden sei. Dafür ist ihre psychologische Bedeutung um so größer. Es gilt, eine der unsozialsten Bestimmungen der Notverordnungen zu beseitigen, und es muß alles daran gesetzt werden, eine der schlimmsten Ungerechtigkeiten unserer Steuergehalte wiedergutzumachen.

## Die verordnete Lohnkürzung. Eine leere kommunistische Demonstration.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags befaßt sich am Mittwoch in mehrstündiger Aussprache mit der Lage der deutsch-oberdeutschen Industrie und der finanziellen Inanspruchnahme des Reiches durch diese Industrie. Die Beratung wurde als vertraulich bezeichnet.

Anschließend kam am 10. Oktober gestellter kommunistischer Antrag zur Beratung, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, keinen Lohnabbau, sondern eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der Reichsbahn auf den Stand vom 1. März 1931 vorzunehmen. Der Vorsitzende, Abg. Heilmann (Soz.), machte darauf aufmerksam, daß sich die Lage seit der Einbringung des Antrags erheblich geändert habe durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Eine Änderung dieser Notverordnung sei formal nur möglich durch ein Initiativgesetz. Nach der Begründung des Antrags durch einen der Antragsteller gab Abg. Reil (Soz.) folgende Erklärung ab:

„Wir mißbilligen nicht nur die Lohnkürzungen, von denen die Arbeiter der öffentlichen Betriebe betroffen worden sind, sondern die geschäftsmäßig angeordneten Lohnkürzungen überhaupt, vor allem auch diejenigen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember verfügt worden sind. Wir sehen aber angesichts der bestehenden politischen und parlamentarischen Machtverhältnisse zur Zeit keine Möglichkeit, diese gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen und durch bessere zu ersetzen. Eine einfache Aufhebung etwa der Notverordnung vom 8. Dezember würde nicht die Rückgängigmachung der Lohnkürzungen bewirken, sondern zur Folge haben, daß durch eine neue Regierung für die Arbeiter noch viel nachteiligere Bestimmungen getroffen würden. Die sozialdemokratischen Anknüpfungspunkte würden sich deshalb an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der eine leere Demonstration darstellt und durch die Ereignisse der Zeit überholt ist, nicht beseitigen.“

Die Abstimmung ergab unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten die Ablehnung des Antrags.

## Blutschuld der Rechtspresse.

Sie leugnet die klare Schuld der Nazi am Felsened.

Wenn es überhaupt noch etwas gibt, worüber man im deutschen Volk einig sein könnte, so ist es dies, daß die täglichen Schließereien und Stechereien zwischen politisch verschiedenen Gesinnungen ein Unheil und eine Schande sind. Vielleicht ließe sich aber auch bei einigem guten Willen Einverständnis über ein Zweites erzielen: Man kann dieser Pest in unserem politischen Leben nur dann entgegenwirken, wenn in jedem Fall die Angreifer festgestellt und zur Verantwortung gezogen werden.

Von nationalsozialistischen oder kommunistischen Parteiblättern mag es vielleicht zuviel verlangt sein, daß sie die Angreifer aus dem eigenen Lager preisgeben und verurteilen sollen. Sie haben eine Entschuldigung, wenn sie das nicht tun. Die allerhärteste Verurteilung muß jedoch diejenigen Zeitungen treffen, die, ohne parteipolitisch an eine der beiden Flügelparteien gebunden zu sein, nicht nach Recht oder Unrecht, sondern nur nach der Partei fragen.

Wenn in Gütrow Stahlhelmer von SA-Leuten überfallen werden, wenn in Kreuzburg (D.-S.) Nationalsozialisten über Deutschnationale herfallen, so wird das von der ganzen Rechtspresse verschwiegen. Es geht ja nicht gut an zu erklären, die Stahlhelmer und die Deutschnationalen seien die Angreifer gewesen. Ueber alle anderen Zusammenstöße wird hier und dort berichtet, daß die Hafentruer die Überfallenen gewesen sind und nur in der Notwehr geschlagen und geschossen haben. Selbst in dem Fall des kriegsmäßigen Überfalls der Nationalsozialisten auf die Kolonie Felsened hat diese Presse immer noch die Stirn, von einem „kommunistischen Feuerüberfall“ zu sprechen.

Wir möchten in dieser Zeit der beschränkten Pressefreiheit nicht mißverstanden werden. Wir appellieren nicht an die Behörden, sondern an das Gewissen der gegnerischen Journalisten, an ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Nation. Wer so handelt wie sie, macht sich mitschuldig an der nationalen Schande dieser politischen Bandenkämpfe und läßt Blutschuld auf sich!

Der Heilhof-Prozess konnte gestern erst wieder verspätet begonnen, da einige Angeklagte nicht pünktlich an Gerichtsstelle erschienen. Der erkrankte Angeklagte Gesehr war nur kurze Zeit verhandlungsfähig, so daß mit Rücksicht auf ihn die Verhandlung nach der Vernehmung einiger Zeugen abgebrochen und auf Freitag vertagt wurde.

# Die Front der Abwehr!

Aktivität auf der ganzen Linie.

Vor einiger Zeit wurde in einem großen südwestdeutschen Blatte eine Statistik veröffentlicht über die Versammlungstätigkeit der politischen Parteien im weiteren Umkreise von Frankfurt a. M. Die Statistik erwies, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm zusammen weitaus vor allen anderen politischen Parteien und Gruppierungen marschierten, sie zeigte eine Aktivität der Feinde der Republik, die zu denken geben mußte. Ziel auch in die von der Statistik erfasste Zeit das Volksbegehren der Reaktion gegen das demokratische Preußen, dem eine aktive Abwehr nicht entgegengesetzt wurde, so war dennoch das Bild überaus bedenklich. Es bildete die Grundlage, auf der sich der Machtwille, der Uebermut und die politische Dreistigkeit der Gruppen aufbaute, die sich dann in der Hartzburger Front zusammengeschlossen haben.

Das ist jetzt anders, ganz anders! Die unverhohlenen Drohungen der Hartzburger Front gegen die Demokratie, gegen Recht und Freiheit, gegen die Verfassung der Deutschen Republik, gegen das Recht und das Wesen der Republikaner hat die republikanischen Kräfte in Deutschland aufgesteckt. Woche um Woche geht die

## Versammlungslawine der Eisernen Front

weiter, Woche um Woche sind Tausende von Republikanern am Werke, um im ganzen Reich, im Norden und Süden, Osten und Westen, in den Städten und auf dem Lande den Widerstandswillen gegen das faschistische Verbrechen zu wecken und zu stärken!

Die Bildung, die Sammlung, der Vormarsch der Eisernen Front: das ist die Antwort des arbeitenden Volkes auf die reaktionären Geistes der Hartzburger. Eiserner Front: Das ist der Ausdruck der gesammelten Kraft und des Freiheitswillens der deutschen Arbeiterschaft. Die Führer der Reaktion, die sich dem Glauben hingeeben haben, daß eine Schlammschlacht niedrigster Demagogie von Lüge und Verleumdung und die Aufstellung einer Bürgerkriegsarmee mit dem Geilde der Reaktion genüge, um die Demokratie einzuschüchtern und die Demokraten in Deutschland totzuschlagen, haben eine falsche Rechnung aufgemacht.

## Die freiheitliche deutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht einschüchtern.

Sie ist nicht gesonnen, sich verkleben zu lassen, weder von außen noch im Innern. Ihr Ziel ist die Freiheit, die Freiheit nach außen im Bunde freier Völker, und die Freiheit nach innen. Die Eiserner Front ist der Hort der deutschen Freiheit, sie ist der Schutzwall der Freiheit der deutschen Nation! Ein Volk, das sich im Innern verkleben ließe, könnte auch nach außen niemals frei sein. Nicht im Lager der deutschen Reaktion, die die deutschen Arbeiter zu knechten machen will, sondern im Lager der Arbeiterschaft ist daher die Freiheit und Zukunft Deutschlands.

Als im Jahre 1923 die Reaktion sich am Ziel ihrer Hoffnungen glaubte, als sie in bitterer wirtschaftlicher Not das Ende der Demokratie kommen glaubte, erging nach der politischen Krise der Ruf zur Bildung des Reichsbanners.

## Die Regimenter der Freiheit

im Zeichen der demokratischen Verfassung formierten sich und setzten die Feinde der Verfassung in Respekt. Jetzt, wo abermals in

bitterster Rohheit die Feinde der Freiheit nach der Macht greifen wollen, marschieren aufs neue die Abwehrfront auf. Es sind nicht mehr Regimenter und Armeen, es ist ein Volk! Es ist nicht das Reichsbanner allein, es ist der einheitliche Wille der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Arbeiterspartei und aller Kulturorganisationen der Arbeiterschaft. Es ist der

## Widerstandswille gegen die Kräfte des Faschismus,

der weit über diesen Kreis hinaus freiheitliche Gewerkschaftler aus allen Lagern aller aufrichtigen Republikaner aus den bürgerlichen Parteien in seinen Bann zieht.

Wer in Deutschland die Demokratie mit Füßen treten und das deutsche Volk knechten will, wird auf den unbeflegbaren Widerstand der Eisernen Front stoßen. Die Spreu des bürgerlichen Indifferenzismus, der Kügel der kleinen Interessentenpartei, in denen alle großen politischen Gesichtspunkte durch bornierten Eigennutz losgeschlagen werden, mag vor dem Angriff des Faschismus widerstandslos zerfließen — an der Eisernen Front aber wird sich der verbrecherrische faschistische Wille brechen. Deshalb erkennen auch die Kreise des Bürgertums, die noch nicht den letzten Rest von politischem Verstand verloren haben, daß

## Ihr Platz an der Seite der freiheitlichen Arbeiterschaft

ist. Deshalb die Bildung der bürgerlichen Aktion, deshalb das Bekenntnis, daß nur im Bunde mit der Arbeiterschaft die Freiheit Deutschlands und seine Zukunft gesichert werden kann.

Es ist aktiver Widerstandswille, der jetzt durchs Land rollt. Die Eiserner Front wartet nicht auf den Tag, an dem der Faschismus zum Schlage ausholen will. Sie fängt schon vorher den erhobenen Arm auf. Sie geht zum geistigen Gegenangriff über. Sie weckt die Leidenschaft für die Freiheit und das Recht, sie dringt vor im Volk. Ihre Existenz und ihre Aktion ist eine ernste Mahnung. Wer in Deutschland Verfassung und Recht angeht, der wird auf die gesammelte eiserne Kraft stoßen. Wer zu den Waffen gegen die Verfassung greifen will, wird die eisernen Faust der deutschen Arbeiterschaft zu spüren bekommen.

Diesem gewaltigen Aufmarsch für Freiheit und Verfassung steht die Reichsregierung bisher kühl gegenüber.

## Was wäre die heutige Reichsregierung

ohne diesen Willen zum Recht, zur Verfassung und zur Freiheit, ohne diesen Willen zum Widerstand gegen alle faschistischen Machtpläne. Was hat die Reichsregierung für die Sache des Rechts und der Freiheit getan, das sich dem vergleichen ließe, was die Organisation und die Männer der Eisernen Front getan haben. Was die Regierung verdammt, das muß das arbeitende Volk selbst tun. Die Eiserner Front ist der Ausdruck unserer Kraftbewußtheit. Die Eiserner Front marschiert. Das Volk horcht auf, es schließt sich an. Schon ändert sich stark das innerpolitische Bild. Immer weiter vorwärts: Die Lawine gegen den Faschismus rollt bereits!

## Breitfeld in Braunschweig.

Ueberfüllte Mitgliederversammlung der Sozialdemokratie.

Braunschweig, 20. Januar. (Eigenbericht.)

In einer von rund 2500 Personen besuchten sozialdemokratischen Mitgliederversammlung sprach heute Abend Genosse Dr. Rudolf Breitfeld zur Bildung der Eisernen Front unter lebhafter Zustimmung der Versammlung.

„Nicht wir sind es, die den Bürgerkrieg wollen, wir sind stets für eine Politik auf friedlichem Wege des Parlaments und der öffentlichen Aussprache eingetreten. Wir wollen den Kampf mit geistigen Waffen, aber wenn die anderen uns in eine andere Arena hineindrängen, so sollen sie uns dort finden. Wir werden unseren faschistischen Gegnern mit denselben Waffen zu begegnen wissen, die sie glauben, uns gegenüber anzuwenden zu können.“

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl umriß Genosse Breitfeld dahin, daß die Partei zunächst keine Veranlassung habe, sich in dieser Frage nach vorn zu drängen. „Wir werden zunächst einmal den Nationalsozialisten den Vortritt lassen, damit sie uns endlich sagen, was sie wollen.“ Sollte die Sozialdemokratie einen eigenen Kandidaten nicht durchbringen, dann ist es unsere Pflicht, für den einzutreten, der die Aufrechterhaltung der Verfassung gegenüber den Nazis gewährleistet.

Eingehend beschäftigte sich dann der Redner mit dem Schicksal der Konferenz von Lausanne. Breitfeld dankte zunächst dem Führer der französischen Sozialisten Léon Blum für seine mutige Kammerrede. Die Sozialdemokratie Deutschlands begrüßt es, daß Genosse Blum der französischen Regierung und den nationalsozialistischen Parteien ihre Mitschuld am Erstarken des Militarismus vorgehalten habe. Daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen kann, so fuhr der Redner fort, ist auch der Standpunkt der Sozialdemokratie. Wir sind der Meinung, daß es mit den Zahlungen an die Siegerstaaten nicht weitergehen kann. Wenn man uns fragt, warum habt ihr die Erfüllungspolitik getrieben, so antworten wir: Wir trieben sie, weil uns kein anderer Weg übrig blieb, um zu verhindern, daß deutsches Gebiet besetzt wurde oder besetzt bliebe.

Wir warnen jedoch in dieser Stunde ausdrücklich die Regierung Brüning, den Forderungen der Nationalsozialisten nachzugeben und etwa auf der Reparationskonferenz, falls sie zustandekommt, zu erklären: „Wir wollen nicht mehr zahlen, wir zerreißen den Young-Plan, was da kommt.“ Würde eine deutsche Regierung so handeln, dann wären die Folgen katastrophal. Auf lange Zeit gäbe es keinen Kredit, das Ausland würde sich völlig gegenüber deutschen Waren abschließen und die Jache müßte wiederum die Arbeiterklasse zahlen. Deutschland muß den Versuch machen, sich mit den anderen europäischen Mächten auf ein gemeinsames Verhalten gegenüber Amerika zu einigen.

Friedenspolitik nach außen, so schloß Breitfeld unter tosendem Beifall, setzt jedoch Ueberwindung des Faschismus im Innern voraus. Dazu ist notwendiger denn je die Einheitsfront des gesamten deutschen Proletariats.

## Des Nazi Glück.

Das leichtgläubige Schnellgericht.

Wir berichteten gestern von dem Ueberfall des 35jährigen Nationalsozialisten Arnold von der Bede auf den Postgewächsmann Hansmer, verurteilt in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche. Der Oberleutnant a. D. von der Bede, „Bratsekretär des Nazi-Reichstagsabgeordneten Koch“, hat den Beamten bei der Ausübung seines Amtes mit dem Bierpfeifen niedergeschlagen. Am Montag sollte er sich vor dem Schnellgericht verantworten. Während er bei seiner polizeilichen Vernehmung erklärt hatte, in der Abwehr nur zufällig den Beamten getroffen zu haben, gab er vor Gericht zu, den Schlag bewußt geführt zu haben. Er sei angegriffen worden.

Die kurze Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Der Postgewächsmann Hansmer hatte wegen irgendeiner geringfügigen Angelegenheit den 20jährigen Nationalsozialisten Timm zwangsgestellt und war mit ihm unterwegs zum Revier. Der Herr Oberleutnant a. D. von der Bede, der ein leeres Bierpfeifen, den ihm und zweien seiner Freunde angeblich drei Krankenschwestern spendiert hatten, gerade in das Restaurant zurückbrachte, sah, wie der Beamte den ihm bekannten Timm abführte. Deshalb der junge Mensch zwangsgestellt worden war, mußte er nicht. Er legitimierte sich dem Beamten gegenüber als Privatsekretär des Nazi-Reichstagsabgeordneten Koch und forderte, daß Timm freigelassen werde. Der Beamte sagte zu ihm: „Stören Sie mich nicht in meiner Amtshandlung.“ Bede verstellte dem Beamten den Weg und schrie ihn an: „Lassen Sie den jungen Menschen frei!“ Hansmer verlegte darauf dem Oberleutnant a. D. einen Schlag mit dem Gummimäppel über dem Arm. Aber auch das brachte dem Nazimann nicht zur Raison. Er rief: „Wenn Sie den Mann nicht freilassen, so kommen Sie nicht lebend vom Platz!“ Angesichts dieser Drohung machte der Beamte Anstalten, seine Pistole herauszunehmen. In demselben Augenblick erhielt er mit dem Siphon einen Schlag über den Kopf und fiel zu Boden.

Der Schlag war mit so großer Heftigkeit geführt, daß Hansmer, wie das Krankenhaus dem Gericht am Montag mitteilte, noch nicht vernehmungsfähig war und nicht weniger als 14 Tage im Krankenhaus bleiben mußte.

Die Verhandlung vor dem Schnellgericht mußte also wegen seiner Unvernehmungsfähigkeit vertagt werden. Der Staatsanwalt beantragte angesichts der zu erwartenden hohen Strafe Haftbefehl. Amtsgerichtsrat Kaiser ließ aber den Angeklagten frei mit der Begründung, daß er einen festen Wohnsitz habe, also nicht fluchtverdächtig sei!

Der Kraweeler hat also ein bemerkenswertes Glück. Wenn ein Arbeiter die gleiche Rohheit an den Tag gelegt hätte, wäre er sicher mit der gleichen Liebenswürdigkeit behandelt worden?!

Neuwahl in Hamburg? Auf einer Kundgebung der Hamburger Beamten und Staatsangestellten der Deutschen Staatspartei, die für die Erhaltung des Berufsbeamten eintrat, machte Präsident Koch die Mitteilung, daß die Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft voraussichtlich am 8. Mai, dem Tage der Preußenwahlen, stattfinden werden.

# Schwere Unruhen in Shanghai

## Tote und Verletzte. — Sturm auf die internationalen Stadtviertel.

Shanghai, 20. Januar.

In Shanghai brachen am Mittwoch früh große Unruhen aus. Tausende von Japanern stürmten durch die Straßen und griffen die chinesische Bevölkerung an, um sich wegen eines am Sonntag erfolgten chinesischen Angriffes auf fünf japanische Mönche zu rächen. Die Japaner bewarfen die Straßenbahnen mit Steinen, zertrümmerten Hunderte von Schaufenstern und setzten drei chinesische Fabriken in Brand. An verschiedenen Stellen kam es zu Feuergefechten zwischen der chinesischen Polizei und den Demonstranten. Dabei wurden zwei chinesische Polizeioffiziere und ein Japaner getötet. Später drang die Menge

### gegen die internationalen Niederlassungen

vor. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen und eine große Anzahl von Personen wurde schwer verwundet, darunter ein englischer Polizeioffizier.

Die Behörden der internationalen Niederlassungen mobilisierten sofort sämtliche Polizeikräfte. Die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe wurden in Gefechtsbereitschaft gesetzt und japanische Matrosen patrouillierten durch die Stadt. Der Oberbefehlshaber des japanischen Geschwaders hat nach Tokio um Verstärkung telegraphiert. Sämtliche Eingänge zu den internationalen Niederlassungen sind von starken Polizeibataillonen besetzt und verbarrikadiert worden. Am Nachmittag konnte die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt werden. Die japanischen Bewohner haben zu einer Massenversammlung aufgerufen, um weitere Beschlüsse zu fassen. Das japanische Konsulat hat gegen das Vorgehen der Schutzpolizei der internationalen Niederlassungen protestiert mit der Beschuldigung, daß diese zuerst auf die Menge geschossen habe.

## Mein Name ist Krause . . .

Ich bin nicht zu Hause!

Die Vorbeeren des „Angriff“-Krause lassen anscheinend seinen Kollegen, den „Angriff“-Redakteur Gien, nicht ruhen. Er sollte sich gestern vor dem Schnellrichtungsgericht Berlin-Mitte wegen einer formalen Beleidigung verantworten und — war nicht erschienen. Er hatte im „Angriff“ vom 11. September einen Artikel „Landwirt und Produktionsbörse“ verantwortungsvoll gezeichnet, in dem die Mitglieder des Vorstandes der Produktionsbörse namentlich angeführt wurden; nach verschiedenen beleidigenden Ausfällen gegen die Juden hiess es zum Schluß: „Der Börsenjude knaut, was der Landwirt baut.“

Jetzt, da er sich wegen dieser Leistung verantworten sollte, hatte er plötzlich an die Staatsanwaltschaft das schriftliche Ersuchen gerichtet, die Verhandlung zu verlegen, da er sich auf eine — Vortragsreise begeben müsse. Die Staatsanwaltschaft machte ihn darauf aufmerksam, daß eventuell Zwangsmittel angewandt werden könnten. In der gestrigen Verhandlung teilte der Vorsitzende ein vom Saubüro der RSDAP eingegangenes Schreiben mit, in dem es hieß, daß der Redakteur Gien bereits verzeiht sei, da er sich in dem guten Glauben befunden habe, die Verhandlung würde mit Rücksicht auf die von ihm angegebenen Gründe verlegt werden.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fischer beantragte gegen den Angeklagten einen Haftbefehl. Die „Angriff“-Redakteure, meinte er mit Anspielung auf Herrn Krause, betrieben einfach Sabotage des Schnellgerichts. Ein Vorführungsbefehl würde, wie die Erklärung gelehrt hat, die Durchführung der Verhandlung nicht sichern.

Das Gericht lehnte den Antrag des Staatsanwalts ab: Mit Rücksicht auf die vom Angeklagten vorgebrachten Gründe sei sein Fernbleiben entschuldigt; außerdem sei auch sein Verteidiger am Erscheinen verhindert gewesen und schließlich habe der Angeklagte ja erklärt, daß er sich vom 28. Januar an für das Gericht bereithalten würde.

So dürfen die Nazis mit den Gerichten umspringen, ohne daß eines von ihnen einmal Ordnung und — Respekt schafft!

## Hausfuchung auf dem Schiff.

Zwischenfall auf einem russischen Dampfer.

Hamburg, 20. Januar.

An Bord des russischen Motorschiffes „Sibir“ ereignete sich heute morgen ein Zwischenfall, der das Auslaufen des Schiffes nach Leningrad um einige Stunden verzögerte. „Sibir“ sollte um 9 Uhr den Hafen verlassen. Kurz zuvor legten zwei Polizeibarkassen an, und die Beamten erklärten dem Kapitän, daß sie eine Durchsuchung des Schiffes vornehmen müßten. Wie es heißt, soll diese Durchsuchung einem Wanne gegolten haben, der an einem politischen Verbrechen beteiligt sein soll, und von dem man glaubte, er sei an Bord versteckt. Die Durchsuchung verlief, wie verlautet, ergebnislos. Um die Mittagsstunde hat „Sibir“ die Fahrt elbawärts angetreten.

## Neuer Schimpfartikel Rosenbergs.

Ausfälle gegen den Reichskanzler.

München, 20. Januar. (Eigenbericht.)

In einem hysterischen Schimpfartikel sagt Rosenberg in dem Münchener Naziblatt seine Dolchstoßpolemik gegen den Reichskanzler Brünning fort. Er nennt den Kanzler einen Mann mit geradezu herausforderndem Mangel an politischer Bildung und einer sprichwörtlichen und grotesken Ungeheuerlichkeit. In bezug auf die Konferenz von Saunahme und die französische Sabotagepolitik schreibt Rosenberg, daß heute niemand mehr glaubt, mit Brünning noch dauernde Verhandlungen einleiten zu können, denn was nütze eine Konferenz, wo man zuerst Brünning gegenüberstehe und dann mit Hitler unter ganz anderen Bedingungen von vorn anfangen müsse.

Es steht schon wieder ein! Der bisher der Christlich-Nationalen Bauernpartei angehörende preussische Landtagsabgeordnete Just ist zur Deutschnationalen Partei übergetreten. So hat Jugenberg doch auch einen „Gewinn“!

Russisch-finnischer Nichtangriffspakt. Die Verhandlungen über einen finnisch-russischen Nichtangriffspakt in Helsingfors sind abgeschlossen. Der Vertrag wird morgen unterzeichnet werden. — Auch mit Polen haben die Verhandlungen günstig, wie Außenminister Jaleski am Mittwoch im Sejm-Ausschuß mitteilte.

# Legalitätswächter Hitler.



„Es geschieht nichts in der nationalsozialistischen Partei, ohne daß ich davon weiß.“

# Verhinderung der Obstruktion.

## Geschäftsordnungsänderung im Landtag.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit den in letzter Zeit erlassenen Polizeiverordnungen.

Zur Verordnung des Innenministers über das Verbot nächtlicher Geländebearbeitungen und Märche vom 20. November 1931, die in der Zeit von 17 bis 7 Uhr Gelände- und Ordnungsübungen und Vorbereitungen dazu sowie alle Märche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verbietet, erklärt

Abg. Fröhliche (Dnat.), daß diese Bestimmung, die auf den ersten Blick etwas Gutes zu wollen scheint, durch das Verbot von Märchen in geschlossener Ordnung die politische Versammlungstätigkeit schwer beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung wiege um so schwerer, als die Verordnung sechs Monate in Kraft bleiben solle und somit auch noch in die Zeit des preussischen Wahlkampfes falle. Die Verordnung enthalte zahlreiche Unklarheiten. Der Redner beantragt namens der deutschnationalen Fraktion die Aufhebung der Verordnung.

Abg. Kasper (Komm.) spricht seine Verwunderung über die Ausführungen des Vorredners aus, der als Vertreter des „Stahlhelm“ zu einer Kritik an der Polizeiverordnung wirklich keine Veranlassung habe. Man könne vielmehr eine sehr entgegenkommende Haltung der Polizei gegenüber den Faschisten feststellen.

Abg. Harmsch-Neudöhlen (Soz.):

Wenn die preussische Regierung um diese Polizeiverordnungen zu tabeln ist, dann nur, weil sie zu spät kamen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kommunisten haben immer wieder dagegen protestiert, daß Nachrüstungen der Faschisten nicht verboten seien und nach dem staatlichen Eingreifen gerufen. Widerspruch bei den Kommunisten. Deshalb ist ihre heutige Ablehnung des nun ausgesprochenen Verbots inkonsequent. Wir leben im Zustande eines latenten Bürgerkrieges, gegen den auch das nun ausgesprochene Waffenverbot ein wirksames Mittel sein kann, allerdings immer nur, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht vom Bürgerkriegsgehirnen erlassen läßt. Mit Befremden hat auch ein Teil der bürgerlichen Presse festgestellt, daß

auf einzelnen Gütern nationalsozialistische Kasernen

eingerrichtet werden. Es ist verwunderlich, daß trotz des Verbots nächtlicher Übungen doch noch Nachmärsche und Übungen rechtsgerichteter Verbände stattfinden, über die der „Vorwärts“ berichtet hat, so in der Eifel und in Schlesien.

Wenn all diese Vorbereitungen zum Bürgerkrieg von dem deutschnationalen Sprecher nicht abgelehnt wurden, so können die Sozialdemokraten ihm darin nicht folgen. Die bedauerlicherweise Polizeibeamten werden durch die Art des innerpolitischen Kampfes bei uns in ungeheurem Maße beansprucht und auch an ihrem Leben bedroht. Es ist daher bedauerlich, daß der deutschnationale Redner so tat, als ob der Ton in den politischen Versammlungen der Radikalen nichts mit den Angriffen auf die Polizeibeamten zu tun habe. (Rufe bei den Deutschnationalen: Denken Sie nur an den Regierungsrat Mühle!) Ich bin nicht verantwortlich für Herrn Mühle. Über

wenn man den Tod zehntausender marxistischer Funktionäre ankündigt und von der Nacht der langen Messer spricht, stehe ich nicht an, zu erklären, daß wir uns allerdings mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unserer Haut wehren werden.

Der Redner erörtert dann den blutigen Zwischenfall bei der Kolonie Fellenstedt in Reimkendorf und sagt dabei u. a.: Meines Erachtens soll der nationalsozialistische Demonstrationen zug von 200 Mann, der an der Landeskolonie Fellenstedt vorüberzog, unter das Demonstrationsoverbot. Es wird eine strenge Untersuchung eingeleitet werden müssen, damit wir erfahren können, wie es möglich war, daß 200 Nationalsozialisten auf dem Wege von Waidmannslust nach Reimkendorf, wo viele von ihnen überhaupt nicht wohnen, ausgerechnet nachts um 1 Uhr an der Kolonie Fellenstedt vorbeikommen konnten. Meiner Meinung nach handelt es sich um einen wohl vorbereiteten Überfall auf zum Teil ungeschützte nationalsozialistische Truppen auf diese Kolonie Fellenstedt, in der übrigens durchaus nicht nur Kommunisten wohnen.

Von den Nationalsozialisten sei erst am vergangenen Freitag wieder ein blutiger Überfall auf einen Berliner Polizeibeamten verübt worden, über den die Zeitungen noch nichts berichtet hätten. Ein Polizeioberwachmeister aus einem westlichen Revier sei von einem Nationalsozialisten, der Sekretär der Reichstagsfraktion sein solle, mit einem Bierglas niedergeschlagen worden und liege noch jetzt im Krankenhaus. Auch hier verlangen wir strenge Untersuchung. Den Polizeibeamten müsse die Sicherheit dafür geboten werden, daß sie bei ihrem dienstlichen Vorgehen den Schutz ihrer Vorgesetzten und der Justiz genießen.

Wegen der Polizeiverordnungen, die zur Debatte stehen, besonders auch wegen des Verbots der Waffenabgabe, verdiene die preussische Regierung keinen Tadel, sondern Anerkennung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwent-Berlin (Komm.) bezeichnet es als eine Verdrückung, wenn der Vorredner behauptet habe, auch die Kommunisten hätten ein polizeiliches Einschreiten gegen die „Nazipest“ verlangt. Nicht die Polizei, sondern nur die organisierte Abwehr der Arbeiterklasse werde den Faschismus überwinden können.

Abg. Fröhliche-Wormleben (Dnat.) erklärt, die Ausführungen des Abg. Harmsch (Soz.) veranlassen ihn, festzustellen, daß der sozialdemokratische Redner vom latenten Bürgerkrieg gesprochen und daß er sich nicht darüber beklagt habe, daß republikanische Organisationen unter der Verordnung leiden müßten. Daraus sei zu folgern, daß tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen werde. (!)

Damit schließt die Aussprache. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots nächtlicher Geländebearbeitungen wird gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen abgelehnt, die Verordnung selbst durch Renonciation für erledigt erklärt, ebenso ohne Aussprache die Verordnung, die den Verkauf von Hieb- oder Stöchwaffen an Personen unter 20 Jahren verbietet.

## Änderung der Geschäftsordnung.

Nach Erledigung einer Reihe von weiteren Polizeiverordnungen folgt die Beratung eines gemeinsamen Antrags der Regierungen der Sozialdemokraten, der die Abschaffung der namentlichen Abstimmungen, die die Kommunisten zur Verhinderung der Obstruktion zu treiben, verhindern will. Während nach der geltenden Geschäftsordnung namentliche Abstimmung in jedem Fall erfolgen muß, wenn 30 Abgeordnete es verlangen, will der Antrag der Regierungsparteien diese Abstimmung in eine Kammerbestimmung umändern.

Abg. Schutz-Neudöhlen (Komm.) meint, der Antrag bedeute, daß die Opposition einfach rechtlos gemacht werden solle. Die allen Sozialdemokraten und Liberalen hätten stets die Abschaffung der namentlichen Abstimmungen, wie sie praktisch hier beschlossen werden solle, aufs schärfste bekämpft. Die Folge der Annahme des Antrags würde sein, daß jede Möglichkeit genommen werde, die Verschlussunfähigkeit des Hauses festzustellen. Der Redner polemisiert gegen den Abg. Beinert (Soz.), der im alten Abgeordnetenhaus gegen Geschäftsordnungsmagnahmen zu ungunsten der Opposition protestierte.

Abg. Bock (Dnat.) wendet sich gegen den Antrag, der die Rechte der Minderheit in diesem angeblich demokratischen Parlament mit Füßen trete. Wenn man so mit demokratischen Grundgedanken umache, brauche man sich nicht zu wundern, daß das demokratische System sich keine Achtung im Volk erringen könnte. (Rufe bei der Staatspartei: Wir werden Sie an die Rechte der Minderheit noch erinnern!)

Abg. Dr. Boehm (D. Sp.) bezeichnet es als eigenartig, daß kein Vertreter der Antragsteller auch nur ein Wort zu dem Antrag gesagt habe. Im alten Abgeordnetenhaus habe der damalige Vorsitzende der Geschäftsordnungskommission, den die Linke als ereaktionären Kunker bezeichnete, sich entschieden gegen jede Kürzung der Rechte der Minderheit gewandt. Jetzt aber wolle man die namentlichen Abstimmungen abhängig machen vom Wohlwollen der Mehrheit. (Rufe bei den Regierungsparteien: Genau wie Ihre Parteifreund Kardorff es im Reichstag gemacht hat!) Auch die D. Sp. werde mit allen Mitteln gegen diesen Antrag vorgehen.

Abg. Feinert (Soz.) erklärt, die Parteien der Harzburger Front und die Kommunisten würden sich keinen Augenblick befinden, die Minderheiten zu vergewaltigen. Anstatt gegenseitiger Achtung seien stattdessen die größten Beleidigungen und Beschimpfungen im Landtag zwischen den Parteien vorgekommen. Deshalb habe man die Bestimmungen über den Ausschluß der Geschäftsordnung zugefügt. Früher seien namentliche Abstimmungen von ganz anderer Bedeutung gewesen. Heute komme es nur noch darauf an, zu wissen, wie die Partei, nicht der einzelne Abgeordnete gestimmt habe. Die Demokratie werde in keiner Weise verletzt. (Rufe rechts und bei den Kommunisten.) Gegen die Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit werde man zum Wohle des Volkes eintreten. Der Redner beantragt, den Antrag dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Regierungsparteien dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich am Donnerstag 12 Uhr: Anträge zur Rotverordnung.



# Der Nazisturm auf Felseneck

## Polizeiliche Feststellungen über die Blutschuld der SA.-Leute

Eine amtliche Erklärung des Polizeipräsidenten stellt jetzt endgültig als Ergebnis der polizeilichen Untersuchungen fest, daß der Ueberfall auf die Kolonie Felseneck von den Nationalsozialisten planmäßig vorbereitet und ausgeführt worden ist.

In der Verlautbarung des Polizeipräsidenten heißt es: „Die Ermittlungen der Polizei über die Vorgänge in der Kolonie „Felseneck“ in Berlin-Reinickendorf, die zwei Todesopfer forderten, haben ergeben, daß die politische Schuld auf Seiten der Nationalsozialisten liegt. Im Restaurant „Bergschloß“ in Waidmannslust fand am Montagabend eine Mitgliederversammlung von fünf SA.-Stürmen unter Leitung des Sturmführers Schulz statt, die als geschlossene Versammlung der Anmeldung nicht bedurfte und auch der Ueberwachung nicht unterlag. Anwesend waren über 200 Mann. Nach Schluß der Versammlung haben sich über 150 Sturmtruppmitglieder, die in Waidmannslust, Hermsdorf, Frohnau, Tegel, Reinickendorf und Wittenau wohnen, nicht auf dem kürzesten Wege nach Hause begeben, sie sind vielmehr in losen Gruppen die Graf-Roedern-Allee und die Flottenstraße entlanggegangen und haben von dort einen Feldweg benutzt, auf dem sie nach Reinickendorf-Schönholz gelangten. Dann zogen sie den Schönholzer Weg entlang durch die Kolonie „Felseneck“. Ganz offenbar hat das prosozialisierende und bedrohende Auftreten der Nationalsozialisten zu dem Zusammenstoß, zur Schieberei und zur Schlägerei in der Straße geführt. Wen die kriminelle Schuld an dem Totschlag des SA.-Mannes Schwarz und des Kommunisten Kleinke trifft, wird die gerichtliche Voruntersuchung zu klären haben, für die bereits ein Untersuchungsrichter bestellt worden ist. Da die Nationalsozialisten sich nicht auf dem kürzesten Wege in ihre Wohnungen begeben haben, müssen andere Absichten für ihren

nächtlichen Marsch nach der Kolonie „Felseneck“ maßgeblich gewesen sein. Von den in der Blutnacht festgenommenen SA.-Leuten wohnen 5 in Wittenau, 10 in Tegel, 5 in Hermsdorf, 6 in Waidmannslust, 4 in Frohnau, 4 in Heiligensee, 3 in Lübars, 1 in Rosenhof, 1 in Borsigwalde, 7 in Reinickendorf-West und nur 3 in Reinickendorf-Ost, an dem Ort, in dem sich der Ueberfall abspielte.“

So weit die Erklärung des Polizeipräsidenten. Es sei hier nochmals betont, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Siedler von „Felseneck“ der Kommunistischen Partei angehört, meist handelt es sich um Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Polizeibeamte, Jungbannerleute und Unpolitische.

In einer Erwerbslosenversammlung, die in den gestrigen späten Nachmittagsstunden in der Lindenstraße 11 im Lokal von Weser stattfand, kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Beteiligter wurde durch einen Messerstich verletzt. Polizeibeamte machten der Schlägerei ein Ende und stellten mehrere Rädelsführer fest.

### Bewaffneter Zeitungshändler.

Vor dem Schnellrichter hatte sich der 24jährige SA.-Mann Hans Balzerei zu verantworten. B. handelt in der Leipziger Straße mit dem „Völkischen Beobachter“. Nach Schluß der Veranstaltung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit am Sonnabend, dem 16. Januar 1932, beschimpfte und bedrohte B. verschiedene Parteigenossen, die aus dem Herrenhaus kamen. Unter anderem folgte B. zu einem Genossen: „Wenn du nicht weitergehst, bekommst du

eins vor die Fresse.“ Zwei Polizeibeamte forderten B. auf, die Anzeichen von der Rüge zu entfernen. Er tat es nicht und setzte seine Beschimpfungen fort. Darauf wurde er zwangsgewaltig. Unterwegs erging sich Balzerei in tollen Beschimpfungen wie: Bonge, Rauejunge, Stroch, Bongenzaat, Sauzaat usw. Im Dritten Reich wird es anders.“ Auf der Polizeiwache wurde bei ihm ein Gumminüppel gefunden. Vor Gericht erklärte B., daß er sich jederzeit eine neue Waffe besorgen würde. Er brauche sie, da er öfters bedroht werde. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beschimpfung der bestehenden Staatsform, wegen Waffensbesitz und wegen persönlicher Beleidigung eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten Gefängnis. Das Urteil ergab die Strafe von 4 Monaten Gefängnis. Bewährungsfrist wurde nicht angebilligt.

### Wer so feige lügt...

#### Ein Nazi-Ueberfall auf Jungbannerleute vor Gericht.

Im Oktober vergangenen Jahres wurden drei Kameraden des Jungbanners von einer Horde Nazis überfallen. Angeblich sollten die Rißhandelten nationalsozialistische Flugblätter gestohlen haben. Die jetzt stattgefundenen Schöffengerichtssitzung erbrachte den Beweis, daß die Nazis ohne jeden Grund bestialisch über die Jungbannerleute hergefallen waren.

Der Staatsanwalt, der in seinem Plädoyer auf das freche Böigen der nationalsozialistischen Angeklagten hinwies, bat das Gericht, über die Mindeststrafen wegen Landfriedensbruch mit Körperverletzung hinauszugehen, um den Angeklagten ein für allemal die Lust zu ähnlichen Ueberfällen zu nehmen. Er folgte unter anderem, wenn diese Jugend, die hier im Gerichtsaal so feige lügt, Deutschlands Zukunft sein soll, dann bedanke er sich dafür.“ Das Gericht verurteilte folgendes Urteil: Der Rädelsführer Linde erhält wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung 6 Monate Gefängnis, die Angeklagten Friß und Walter Bergemann 3 Monate Gefängnis, der Angeklagte König erhält wegen seiner Jugend 1 Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist. Der Vorsitzende begründete das Urteil unter anderem mit den Worten: Drei mit dem Flugblattraub überhaupt nicht in Verbindung zu bringende junge Menschen sind überfallen worden. Hätten einzelne der Angeklagten nur noch einen Schießprügel gehabt, so hätten Leichen auf der Straße gelegen. Es geht nicht an, daß ein Trupp sich zusammenrotte und die Bejugnisse des Staates ausübe.

### Staatsanwalt gegen Evangelische Zentralbank

#### Ermittlungsverfahren gegen Direktor Runt.

Gegen den Leiter der jetzt zusammengebrochenen Evangelischen Zentralbank, Direktor Paul Runt, ist von der Staatsanwaltschaft I noch im Laufe des gestrigen Mittwochs ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Schon am Nachmittag mußte Runt in Moabit beim Staatsanwalt zur Vernehmung erscheinen, die sich bis in die Abendstunden hinzog. Es soll sich dabei insbesondere um den Verdacht handeln, daß die Evangelische Zentralbank einen Teil der Gelder, die sie vom Zentralausschuß der Inneren Mission aus dem Reich vom Reich gewährten Acht-Millionen-Kredit erhalten hatte, nicht bestimmungsgemäß weitergegeben, vielmehr für eigene Zwecke, Abdeckung von Bankschulden usw. benutzt hat.

### Kriegsbeschädigte Siedler bevorzugt.

Der Reichskommissar für die vorläufige Kleiniedlung hat auf eine Eingabe folgendes mitgeteilt: „Soweit kriegsbeschädigte Arbeitslose trotz ihres Dienstbeschäftigtenstatus noch die nach meinen Richtlinien vom 10. November 1931 erforderliche körperliche Eignung besitzen, habe ich keine Bedenken, daß solche Kriegsbeschädigte, wenn in übrigen die nach meinen Richtlinien verlangten Voraussetzungen gegeben sind, bei der Auswahl der Siedler bevorzugt werden. In einem Rundschreiben an die Länder werde ich meine oben dargelegte Auffassung zwecks Unterrichtung der Siedlungsträger mitteilen.“

# Das Postamt im U-Bahnhof

Die U-Bahn ist neben der S-Bahn das modernste Verkehrsmittel Berlins. Im Westen führt sie in die nächste Nähe des Grunewaldes. Hier sind in den letzten Jahren neue Siedlungen entstanden. Es war naheliegend, daß die Reichspost den Bedürfnissen der Bewohner nach postalischer Versorgung Rechnung tragen mußte. Dicht am U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte errichtete sie ein von hohen Kiefern umgebenes Postamt, das ganz nach der in Wild-West üblichen Art in einem hölzernen Gebäude untergebracht wurde und dann genau so gut wie jedes andere Berliner Postamt seinen Dienst tat. Immerhin war für Berlin diese Post im Walde eine kleine Sensation. Nach der Fertigstellung der beiden modernen, völlig abgedeckten, vor Wind und Wetter geschützten Ladenstraßen des U-Bahnhofs Onkel-Toms-Hütte ist die Post nunmehr in den U-Bahnhof gezogen. Genau in der Mitte der nördlichen Ladenstraße hat sie großzügig und vornehm ihr Quartier gewählt. Diese Tatsache in Verbindung mit der



Die Ladenstraße „Onkel-Toms-Hütte“ mit dem Postamt

geschickten Anlage der beiden Ladenstraßen machen diesen Bahnhof zu einem der bemerkenswertesten Anlagen im Bereich der U-Bahn.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schober erzählt von Erich Knauf

„Welche, daß es meine Kameraden sind, die sich von mir verabschieden wollen, da ich in Urlaub fahre.“  
„Böse und dumm glöht er mich an: „Stimmt das?“  
„Jomohl!“  
Er wendet sich an die Soldaten: „Euer Kamerad?“  
Endlich dämmert es in den Köpfen der Landratten: „Welche gehoramt, unser Landsmann. Soll unsern Frauen und Kindern Grüße bringen.“  
Der Spürhund guckt von einem zum andern, fingert an seinen Dienstabzeichen herum und grinst. Dann gibt er seinem Säbel einen Tritt zur Seite und haut ab: „Bande!“  
Der Bahnhofs wimmelt von blauen Jungens. Es wird Nacht, und der Elzug fährt endlich. Viele Abteilfenster sind mit Brettern verschlagen. Nach einigen Stunden blihen Lampen vorbei. Eine Stadt mit Lichtern. Wir sind also aus dem Kriegsgebiet heraus.  
Wie es hell wird, sitzen um mich herum lauter Unteroffiziere. Ich verstehe. Die Matrosen haben sich befördert. Das geht im Abteil rascher als im Hauptkriegshafen. Man knöpft den sternlosen Kragen ab und heftet an jede Kragecke zwei Sterne und knöpft ihn wieder um. Auf die Kappe steckt man das Emblem mit der Krone, um das Bajonett legt man ein Porteppee. Ein Matrose ist gar nichts, und der Mensch fängt erst beim Porteppee an. Und wer kennt auf dem Lande die Chargen der Kriegsmarine! Die Welt will bedeckt sein.  
In Klagenfurt steigen Leute zu. Es riecht nach Quark

und Käse. Einer Frau fährt der Rucksack auf und Kartoffeln rollen unter die Bänke. „Wenn das die Wagenpatrouille sieht“, jammert die Alte und kriecht nach ihren gehämmerten Erdäpfeln unter den Bänken herum. Die Soldaten helfen ihr dabei und verstecken das Hamsierpaket hinter ihrem Rücken.

Eine Patrouille von vier Landratten und einem Führer schreitet die Wagen ab. Der Sergeant öffnet die Pakete der Zivilisten und der Soldaten mit seinen dreifingern Fingern und wirft alles durcheinander. Die drei Mann stehen dabei, das Bajonett stolz aufgespielt. Ich wende mich dem Fenster zu und denke mir: Lieb Vaterland, kannst ruhig sein! Da sieht er auch schon vor mir und schnauzt: „Den Urlaubschein!“

Ich sehe mir den Kerl von unten herauf an: Der Charge nach sind wir gleichgestellt. Ich, die Nase hoch: „Sie! In was für einem Ton sprechen Sie zu mir?“  
Lebertascht hakt er zusammen. Der Esel kennt die Chargen der Marine nicht. Aber dann dreht er sich um und greift nach dem Rucksack der Frau. Ich fahre dazwischen: „Das ist mein Urlaubsgepäck!“ Auch die anderen Matrosen mischen sich drein: „Proviant und Extrauniform!“ Der Unteroffizier weiß nicht, was er machen soll. Schließlich grunzt er etwas und verschwindet aus dem Abteil.

Kaum ist das Esel draußen, steigt ein Herr mit Hündin und Hund ein. Er nimmt neben mir Platz, entfaltet eine Zeitung und schimpft drauflos, weil die Italiener am Honzo die Unrigen in Schach halten.

„Ich kann nichts dafür“, lache ich ihm ins Gesicht, „tun Sie sich bloß keinen Schaden.“

Er kriegt eine rote Birne: „Bin Berwalter auf einem Gut. Was erlauben Sie sich denn?“

„Und weshalb sind Sie nicht Soldat?“

„Was geht Sie das an? Halten Sie den Mund!“

„Das werde ich nicht tun, sondern Ihnen sagen, weshalb unser Vormarsch am Honzo so langsam geht. Weil Sie Ihre Kräfte dem Vaterland noch nicht zur Verfügung gestellt haben.“  
Sagt weiß er sich nicht mehr zu helfen, er tritt ans Fenster und findet eine andere Beschäftigung. Denn drüben, auf dem Nebengleis, hält ein Lazarettzug; der Wind weht die Gardinen hoch, und da sieht eine Schwester vom Roten Kreuz nach am Waschtisch. Ich weiß nicht, da packt es mich, den Kerl dränge ich vom Fenster weg und rufe der Schwester

zu: „Schließen Sie den Vorhang! Hier geht ein Herr auf die Jagd!“ Der ganze Wagen wiehert in tollem Gelächter, und der Berwalter schlägt seinen Hund und verläßt das Abteil.

Der Zug ist schon wieder in Bewegung, da rennt ein Reservist mit ihm um die Wette: „Kameraden, nehmt mich mit!“ Er fährt auf Urlaub, will heim zu Frau und Kind und hat es eilig. Die Matrosen greifen nach seinem Rucksack und öffnen ihm die Baggontür. Ein halbes Duzend Arme ist bereit, aber er rutscht aus, und dann ist von ihm nur noch ein wahnsinniger Schrei übrig. Kreisend hält der Zug, Kameraden drängen herbei, Sanitäter schleifen den Verstümmelten unter den Rädern hervor, ein Arzt konstatiert den Tod und ruft den Sanitätern zu: „Schafft ihn weg! — Schrecklich! Das ist heute schon der Dritte!“

Auf der nächsten Station sehen wir, wie ein Marschbataillon ins Feld verladen wird. Wir sind im vierten Kriegsjahr, und von Begeisterung ist keine Spur. Die Weiber wischen sich die nassen Augen mit den Schürzen, und die Kinder rennen eine Weile verzweifelt neben dem Zug her.

Unser Wagen hat wieder Besuch. Drei Zivilisten, voll-gestrenge Gesellen, dicken Zigarren zwischen den Lippen, machen es sich bequem. Man sieht ihnen die Heereslieferanten an.

Der Kamerad neben mir borgt sich einen Bleistift und kriegt auf ein Stück Karton folgenden Vers:

Wir machen Mehl und Wurst aus Dreck  
Und aus Kobavern Schweinefleisch.  
Der Krieg geht gut und gleich,  
Wir halten durch, wir halten fest  
Und liegen dabei warm im Rest  
Mit Gott für Kaiser und Reich!

Der Matrose schleicht sich an die Drei heran und steckt dem Dicken den Karton an den Rocksoff. Und nun blühen sich alle und hocken nieder und lesen unter Gelächter. Nach fünf Minuten ist der Krawall fertig. Der Zug fährt gerade in die letzte Station vor der Hauptstadt ein. „Frauen zurück!“ heißt es, „Platz da!“ Die Seeratten greifen herzhaft zu und rollen die Heereslieferanten wie volle Fässer durch den Wagen. „Ammer an der Wand lang, immer an der Wand lang!“ Ein Soldat steht an der Tür Posten, ein stämmiger Kerl, mit einer hübschen Schuhnummer. Und der befördert die drei an die Luft. (Fortsetzung folgt.)

## Vorfrühling?

Sonne, Frühlingsluft, verschwundene Wintermäntel... Das Thermometer zeigt unbegreifbare Höhenluft und Kletter, trotzdem der Kalender noch den Januar verkündet, lustig immer höher.

In einem verträumten Tiergartenweiden, auf das die Sonne bereits mit malartiger Herrschaftigkeit brennt, ist ein kleines Wunder zu sehen. Ein soeben geborenes, noch winziges, unendlich jaghaftes Schneeglöckchen — ein verirrter Gruß der Zukunft —, Monate dem eigentlichen Leben voraus. Ueber Nacht gewiß wieder vergangen, ausgelöscht, wie Wunder immer ausgelöscht werden, genau so schnell, wie sie gekommen sind — Ein paar Meter weiter lärm der geschäftige Trudel der Großstadt, donnern Autobusse vorüber, — hart, präzise, unromantisch...

Das Schneeglöckchen, von der Sonne gebüßelt, reißt sich ver wundernd die Augen. Und morgen wird es schon wieder vergangen sein —

## Die Schwarzdrossel singt schon.

Ein selten früher Gemur bei dieser Tage, wie uns ein Lehrer schreibt, den Frühauflüchern der „Friedrich-Ebert-Wohnsiedlung“ im Stadtteil Wedding, nahe beim Volkspark Rehberge. In der Zeit von kurz vor 8 Uhr bis gegen 9 Uhr sang vom Hause Logastr. 32 eine Schwarzdrossel oder Gartenamsel ihr melodisches Lied. Die Drossel, auch Amsel, gilt nicht mit Unrecht als Frühlingstänzer. Sie ist meist in der Zeit um Mitte oder Ende März frühmorgens in Gärten, Parkanlagen usw. recht lebendig und schmetternd als erste, neben dem Stör, ihr helles Lied in den beginnenden Frühlingmorgen. Daß sie schon so früh im Jahre singt, ist sehr selten und verheißt andauernde warme Tage.

## Der Kampf um die Droschkenlarise.

Das Eingreifen des Preiskommissars zur Senkung der Tarife im Kraftfahrergewerbe hat bei den Beteiligten eine nicht gerade freundliche Aufnahme gefunden, um so mehr wohl beim Publikum. Es sind ja durchaus nicht immer nur wohlhabende Kreise, die Kraftdroschke fahren. Auch die Arbeiter und Angestellten müssen hier und da (bei Krankheitsfällen, bei der Durchreise durch Berlin usw.) die Kraftdroschke benutzen. Sonderbarerweise sind es aber nicht allein die Fahrunternehmer, sondern auch die Chauffeure, die glauben, daß eine weitere Verbilligung der Tarife nicht tragbar sei. Vergleichlich man die Tarife, so stellt sich teilweise bei den heutigen Tarifen eine Senkung der Fahrpreise gegenüber denen heraus, die vor dem Kriege galten. Das gilt vor allem bei Kurzfahrten, für die die Langfahrten einen Ausgleich schaffen sollten. Es bestehen bekanntlich drei Tarife: Tage 1 befördert eine Person für 36 Pf. pro Kilometer; Tage 2 fährt zwei Personen für 52 Pf. pro Kilometer; Tage 3 drei bis vier Personen für 71 Pf. pro Kilometer. Vor dem Kriege wurden gefahren bei einer Grundtaxe von 70 Pf. bei ein und zwei Personen die ersten 500 Meter frei, dann je 300 Meter für 10 Pf., also im Durchschnitt der Kilometer für 35 Pf. Auf Tage 3 für drei und vier Personen die ersten 400 Meter bei einer Grundtaxe von 70 Pf. frei und dann je 200 Meter für 10 Pf.; also im Durchschnitt der Kilometer für 30 Pf.

Die Grundgebühr bei den heutigen Fahrpreisen ist eine wesentlich billigere gegenüber den genannten früheren Fahrpreisen; sie beträgt nur 25 Pf. mit einer Zuschlaggebühr von 5 Pf., für welchen Preis bei Tage 1 die ersten 540 Meter gefahren werden, bei Tage 2 die ersten 700 Meter, bei Tage 3 die ersten 420 Meter. Der Fahrpreis kann also bei kurzen Fahrten wesentlich billiger fahren, als in der Vorkriegszeit; aber leider fährt alles nur kurze Fahrten und durch den Ausfall der Langfahrten kommt das Gewerbe in eine recht prekäre Situation.

Wenn jetzt die Ermäßigung der Tarife darauf abzielt, den Sonderzuschlag von 20 Pf. für jede Fahrt fallen zu lassen, so ist das freilich nur ein recht bescheidenes Geschenk an das fahrende Publikum. Vielmehr fällt aber ins Gewicht, daß man die Tage 3 gänzlich abschaffen will, so daß also auch drei und mehr Personen für den billigeren Tarif der 2. Tage fahren können. Freilich müßte die Arbeit des Preiskommissars vor allen Dingen auf eine Verbilligung des Brennstoffes und der anderen Materialien hinwirken, Benzol ist um 8 bis 10 Pf. teurer als in der Vorkriegszeit. Die Gummipreise sind allerdings gesunken und die Haltung der Reifen ist schätzungsweise 50 Prozent besser geworden.

Das Kraftdroschkengewerbe hat ein großes Interesse an der Senkung der Tarife, denn die überbetretene Konkurrenz läßt den einzelnen Droschkenbesitzer nicht mehr seines Lebens froh werden. Die Hälfte der Droschken in Berlin würde zureichen, den Bedarf zu decken. So wird uns auch vom Gesamtverband der Arbeitgeber, Abteilung Luft und Kraftfahrt mitgeteilt, daß eine weitere Senkung der Grundtaxe auch die Existenz der Chauffeure gefährdet; dafür könnte aber Tage 2 und 3 wohl verbilligt werden.

# Eine dunkle Geschichte

## Negerhochstapler in Antwerpen und Berlin verhaftet

Bei der Ausführung eines Betrugsmanövers mit gefälschten Travellerschecks wurde bei einer Antwerpener Bank der 34 Jahre alte aus Duala stammende Neger Wilhelm Kumanu verhaftet. Seinem Komplizen, dem 40 Jahre alten Peter Macembe, gleichfalls aus Duala, gelang es zu flüchten. Die beiden Negerhochstapler waren als „Abgesandte des Königs Selsah I. von Abessinien“ aufgetreten. Peter Macembe konnte jetzt von den Beamten der Dienststelle IV 1 in Berlin ermittelt und festgenommen werden. Die beiden Neger haben in Deutschland große Betrügereien unternommen; sie sind schon von Berliner Gerichten abgeurteilt worden.

Die Zeit ihres ersten Auftretens in Berlin liegt bis in das Jahr 1921 zurück. Kumanu trat als „Mr. John Black“ bei Berliner Banken auf und zeigte zunächst ein Schreiben vor, das ihn als Beauftragten des Präsidenten der Republik Liberia legitimierte. Das nächste war, daß er Schecks der British Bank of Liberia vorlegte, mit denen er 210 000 Mark ergaunerte. Die Schecks waren gefälscht. Kumanu konnte verhaftet und verurteilt werden. Mit seinem Freunde Macembe zusammen trat er jetzt wieder auf. Sie gaben an, Vertreter des Königs Bondungulo von Accra in British-Westafrika zu sein. Sie sprachen bei Berliner Druckereien vor und machten große Bestellungen auf Briefbogen sowie Klubkarten. Die Bogen sollten Kopf und Namen ihres Fürsten tragen, die Klubkarten waren für den „Bank of England Club“ in Fernando Po bestimmt. Ein dritter Auftrag sollte für die Staatsdruckerei des Königs ausgeführt werden. Damit aber nicht genug, wollten die beiden schwarzen Gentleman Wasserzeichenpapiere und Rilschees für 5-Pfund-Roten hergestellt haben. Das kam den Druckern verdächtig vor. Sie benachrichtigten die Polizei, die die beiden dunklen Ehrenmänner festnahm. Ende vergangenen Jahres tauchten sie erneut in Berlin auf, und zwar in Begleitung zweier anderer Neger namens Robinson und Aqua. Sie machten Bestellungen auf Travellerschecks über hundert, fünfhundert und tausend Pfund. Ins-

gesamt handelte es sich um 4000 Stück. Da es nur zur norddeutschen Handlung gekommen war, konnte man den Negern nichts anhaben. Bis jetzt die Polizeidirektion von Antwerpen die Berliner Kriminalpolizei davon in Kenntnis setzte, daß sie einen Neger Wilhelm Kumanu festgenommen hätte, der bei einer Antwerpener Bank den Versuch gemacht hatte, als „Gesandter von Abessinien“ gefälschte Reisefchecks einzulösen. Während man ihn verhaftete, konnte sein Begleiter Peter Macembe entkommen.

Die beiden Neger sind ehemalige Matrosen und haben sich zwischen durch auch als Filmstatisten betätigt.

## Juwelenraub aufgeklärt.

### Einer der Täter aus der Sonntagstraße verhaftet.

Am 14. Januar wurde in den frühen Morgenstunden auf das Juweliergeschäft von Heinrich Häfelmann in der Sonntagstraße 3 ein Überfall ausgeführt, bei dem — wie berichtet — die Räuber eine Beute von über 10 000 Mark machten. Kriminalkommissar Duoss und seine Beamten haben jetzt einen der Täter ermittelt. Es ist ein 23 Jahre alter Paul Sirzechow aus der Langestraße 34. Der Räuber wurde aus der Wohnung heraus verhaftet und verhört.

Von den Zeugen wurde der Räuber als derjenige wiedererkannt, der mit der Pistole in der Hand im Hausflur gestanden hatte. Als man sein Zimmer in der eiserernen Wohnung in der Langestraße durchsuchte, fand man auch noch ein elektrisches Grammophon vor, das er gestohlen hatte. Er ist der Kriminalpolizei bereits als Kollidat bekannt. Im Sommer vergangenen Jahres hatte er dieses Grammophon von einem zu verladenden Auto, das nach Paris gehen sollte, auf dem Potsdamer Bahnhof gestohlen. — Unser Hinweis auf die ausgeführte Verhaftung wird geizen, sachdienliche Mitteilungen an Kriminalkommissar Duoss im Polizeipräsidium zu richten.

## Politische Funktionärinnen-Konferenz

Freitag, den 22. Januar, 19 Uhr, in den „Musiker-Festsaal“, großer Saal, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stadtrat Heuer: „Was können die Hausfrauen für den Preisabbau tun?“

2. Diskussion. — 3. Ausstellung des Wahlvorschlages der Frauen für den Bezirksvorstand.

Zutritt zu dieser Konferenz haben: 1. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes; 2. die beiden Vertreterinnen der Frauen im Kreis- bzw. Abteilungs-vorstand; 3. die weiblichen Mitglieder der Abteilungs- bzw. Kreisvorstände; 4. die weiblichen Mitglieder der weiblichen Kassen, Schriftführer, Verd. (darunter sind zu verstehen die weiblichen Kassierer, Schriftführer, Verd. der SAJ) und die weiblichen Mitglieder im Kreisvorstand; 5. die weiblichen Bezirks- und Stadtverordneten, Land- und Reichstagsabgeordneten. Die Funktionärinnen haben ein Stimmrecht als Auswärtige des Mitgliedsbuch und die Funktionärinnen vorzuziehen. — Die Türkontrolle hat der 4. Kreis — Prenzlauer Berg, Saalöffnung 19 Uhr. Das Frauensekretariat.

## Bergknappen fahren letzte Strecke.

Bentzen, 20. Januar.

Unter riesiger Beteiligung der Bevölkerung wurden heute die beiden ersten geborgenen Todesopfer des Karsten-Zentrum-Grubenunglücks vom 4. Januar vom Knappschafstlozort durch die Hindenburgstraße zur Trinitatiskirche und von da zum nahen Friedhof übergeführt. In dem gewaltigen Trauerzuge, der sich durch ein dichtes Spalier von ehrfürchtig sich neigenden Menschen bewegte, schritten hinter dem mit prächtigen Blumen und Kränzen geschmückten Reichenwagen die Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, die Abgeordneten der Belegschaften sämtlicher Gruben des obersteleischen Industriebeziers, zum Teil in ihren Knappenuniformen mit wehenden Haarbüsch, die Vertreter der Grubenerwartungen und Grubenbeamten des Beuthener Bezirks und eine große Menge sonstiger Leidtragender. Auch die bereits aus dem Krankenhaus entlassenen, getreteten Bergleute nahmen an dem Zuge teil. Im Auftrage des Reichspräsidenten und der Reichsregierung war der Präsident des Bundesarbeitsamts Schlicher, Götner, erschienen. Unter dem Geläut der Glocken und den Klängen der Grubenkapelle bewegte sich der Trauerzug zur Kirche. Dort hielt Pfarrrer Prälat Schwilke das Totenamt und auch die Trauerrede.

## Guter Inventurabschluss.

Die jetzt beendeten Inventurausverkäufe haben durchweg einen starken Erfolg gehabt. Die Gewohnheit bürgerlich sich mehr ein, Käufe aufzuschieben und bei Inventurverkäufen um einiges billiger an die Bore zu kommen. So war das Weihnachtsgeschäft in diesem Jahr ausgesprochen schlecht. Die Käufer warteten den Inventurausverkauf ab, der alle Erwartungen übertrifft hat. Mengenmäßig dürfte der Umsatz auf der Höhe des Vorjahres liegen. Wertmäßig liegt er selbstverständlich darunter, weil sich die Preisentwicklung auswirkt. In den Bägern sind große Lücken entstanden, was natürlich den Industrien durch stärkeren Auftragsrückgang zugute kommen wird.

Gekauft wurden vor allem Bekleidung, Woll- und Strickwaren, dann auch Unterkleidung, Tricotagen, Tisch- und Bettwäsche. Ein großer Kräfte waren Schuhe. Auch in Haushaltsartikeln scheint man gut abgekauft zu haben. Umgekehrt wurde auch viel Porzellan.

## Wie hört Berlin?

Früh um 1/2 7 Uhr 33 Proz., abends um 8 Uhr 59 Proz.

Bei den Berliner Rundfunkhören wurden durch eine Umfrage die jeweiligen Abhörzeiten festgestellt.

33 Proz. aller Teilnehmer schalteten den Apparat um 6 1/2 Uhr morgens ein. Die Hörerziffer steigt sich um 9 Uhr morgens auf 50 Proz. Die Kurve fällt dann um die Mittagszeit etwas, steigt dann aber steh an: an den Nachmittagskonzerten sind etwa 75 Proz. der Hörer interessiert. Zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags wird das Interesse wieder etwas schwächer. Dann aber schalten sich mehr und mehr Hörer ein. Nach 8 Uhr abends hören 80 Proz. der Rundfunkabonnenten die Darbietungen ab. 85 Proz. halten bis zum Schluß des Programms durch. Nur 3 bis 5 Proz. benutzen die Nachtzeit zum Suchen fremder Stationen.

## Notzfrei aus der Kleinstadt.

Die Weltstadt Berlin spürt ohne Zweifel die durch die Wirtschaftskrise erzwungene Notverordnung und Sparpolitik in außerordentlich starkem Maße. Die Rückwirkung auf die Kleinstadt, die oft noch tief einschneidender Natur ist, bleibt unbeachtet.

Vor uns liegen Aufzeichnungen aus dem Städtchen Franzburg in Pommern. Es zählt rund 1500 Einwohner und war der Sitz eines Landratsamts, eines Amtsgerichts und der Kreispartkasse. Neben einem Waisenhaus wies es ein Seminar auf, an dessen Stelle es später eine Judauschule zugewiesen erhielt. Die Bevölkerung setzt sich, von den in einer geringfügigen Möbelfabrikation Beschäftigten abgesehen, aus Ackerbürgern zusammen. Nach dem Kriege verlor Franzburg das Landratsamt. Schon dadurch wurde die Basis, auf der sich die Wirtschaft einer kleinen Verwaltungsgemeinschaft aufbaute, schwer beschritten. Die Stadt verlor nicht nur den Umsatz, der durch die Beamten des Landratsamtes und der Kreisverwaltung hervorgerufen wurde, sie verlor auch den gesamten Verkehr, der sich in einer Kreisstadt abwickelt. Jetzt soll auf Anordnung des Reichspräsidenten Kunst und Volksbildung die städtische Judauschule abgebaut werden. Außerdem soll als Folge der Notverordnung Franzburg auch das Amtsgericht genommen werden.

In einem Aufruf heißt es: „Das kommt fast einem Woch an der ganzen Bevölkerung dieser Stadt gleich.“ Der Bürgermeister, die Vertreter des Handwerks, alle Kreise der Bevölkerung bemühen sich, das Unheil von der schwer bedröhten Stadt abzuwenden.

Wir erwähnen die Angelegenheit einmal, weil es sich bei Franzburg um einen besonders trassen Fall handelt, zum anderen, weil die Notlage der Kleinstädte meist, als es bisher geschah, Beachtung verdient.

## Feuer in der Poststraße.

In der Schneider-Parade-Parade eines Kaufhauses in der Poststraße brach gestern abend kurz nach 21 Uhr Feuer aus, das an Stoffen, Wägen und Regalen reiche Beute fand. Die Klammern griffen außerordentlich schnell um sich und waren bereits auf den Dachstuhl übergesprungen, als die Feuerwehr unter Leitung des Oberbranddirektors Gempff mit vier Löschzügen anrückte. Trotz der starken Verqualmung, die das Vordringen der Löschtruppe sehr erschwerte, gelang es, den Brandherd schnell einzukreisen und schimmerndes Unheil zu verhüten.

# Das Verbrechen an der Stieftochter

## Vom Stiefvater verführt und ermordet

Gerda, erschütternde Einblide in Gefühlsverwirrungen gewährt, gestern die Verhandlung gegen den vierzigjährigen Arbeiter P. vor dem Landgericht III. Ein Stiefvater hat drei Jahre hindurch unerlaubte Beziehungen zu seiner Stieftochter unterhalten und sie am 9. Juli vorigen Jahres im Grunewald ermordet.

Der Versuch des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Reimold, eine Schöffin zu veranlassen, sich wegen Befangenheit selbst abzulehnen, mißlingt. Der Verteidiger meinte, es sei nicht angängig, daß Frauen in derartigen Verleumdungsprozessen als Schöffinnen fungieren. Die Schöffin, die Frau eines Senatspräsidenten beim Kammergericht, erklärte sich für nicht befangen, und das Gericht lehnte den Antrag des Verteidigers ab.

Der Inhalt der Anklage — sie lautet auf unzüchtige Handlung, begangen mit einer minderjährigen Pflanztochter, und auf Totschlag — ist schnell erzählt. Eine Frau ist Mutter zweier unehelicher Kinder: Gerda und Adelheid. Der Vater der einen ist im Kriege gefallen, der Vater der anderen ist verstorben. Die Frau heiratet einen Arbeiter; der Mann adoptiert die beiden Mädchen, er fällt aber im Kriege. Die Kinder kommen zu den Großeltern. Die Großmutter stirbt, der Großvater ist als Vormund ungeeignet. Gerda und Adelheid kehren zur Mutter zurück. Diese hat 1922 zum zweitenmal geheiratet, den Arbeiter P. Der Stiefvater tritt mit der 13jährigen Gerda in unerlaubte Beziehungen, die Mutter macht nichts. Nur einmal plaudert der Mann im Schlaf: „Gerda, wehe dir, wenn du mich verrätest.“ Die Kleine wird eingefangen, nimmt eine Anstellung an, das Verhältnis dauert fort. Dann lernt sie aber einen jungen Burlesken kennen und der Stiefvater wird eifersüchtig. Am 9. Juli macht er mit Gerda eine Kabpartie in den Grunewald. Das Mädchen ist außergewöhnlich schweigsam, und als der Stiefvater wieder zudringlich wird, verweigert sie sich ihm.

Schließlich gibt er ihr eine Ohrfeige. Sie sagt: Jetzt ist aber Schluss. Da stürzt sich der Mann auf das Mädchen, würgt und erwürgt sie. Dann fährt er fort. Am nächsten Tage findet ein Offizier bei seinem Morgengritt die Leiche der Kleinen und umweilt davon ihr Fahrrad. P. ist aus dem Hause verschwunden. Er verläßt Hamburg zu erretzen, kehrt aber nach Berlin zurück und stellt sich bei der Polizei.

Neun Monate vor dem verhängnisvollen 9. Juli lernte Gerda auf einem Ball einen jungen Menschen kennen. Ihr Verhalten zum Stiefvater veränderte sich mit einem Schlage. Sie war ihm nicht mehr zu Willen, drohte wiederholt, „es gebe noch andere Mittel und Wege, ihn zu zwingen, von ihr zu lassen.“ Die gleiche Drohung sprach sie auch im Grunewald unmittelbar vor der Mordtat aus.

Sanitätsrat Dr. Leppmann hob ganz besonders die epileptischen Stöße des Angeklagten hervor — sein Vater befand sich wegen Epilepsie in einer Heilanstalt —, wie seine verminderte Widerstandsfähigkeit gegen Aufwallungen und bezeichnete ihn als Menschen, der durch seine ganze festliche Anlage und Entwicklung, die er im Leben genommen hat, wesentlich unter dem Durchbruch steht. Auch Dr. Müller betonte die charakteristische Festentwicklung des Angeklagten und seine mongolische Gesichtszüge. Ungerechtfertigtermaßen vernahm beide Sachverständigen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten P. wegen Stiefvaterverbrechen und Totschlag eine Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 9 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Landgerichtsdirektor Böhmert würdigte in der Urteilsbegründung die unglücklichen Lebensverhältnisse des Angeklagten; mildernde Umstände habe ihm das Gericht angesichts der erschütternden Rohheit der Tat verjagt.

# Der große Wohnungswechsel am 1. April

## Verlängerung der Räumungsfristen beim Polizeipräsidium beantragt

Zum 1. April ist infolge der auf Grund der Notverordnung erfolgten zahlreichen Räumungen mit einer Haufe im Umzugsgeschäft zu rechnen, so daß jetzt bereits Bedenken aufgetaucht sind, ob die Häufung der Umzüge zum Quartalswechsel nicht für die Beteiligten Schwierigkeiten mit sich bringen könne.

Der Verein Berliner Möbeltransporteure weist gegenüber diesen Beunruhigungen darauf hin, daß die Bedenken nicht gerechtfertigt seien, wenn Umzieher und Hausbesitzer verständnisvoll zusammenwirken, wie dies im übrigen bisher stets der Fall gewesen sei. In der Vorkriegszeit habe sich das Umzugsgeschäft unter sehr starkem Andrang fast ausschließlich zu dem Quartalswechsel abgepielt, und hierauf sei es zurückzuführen, daß das Möbeltransportgewerbe in den Großstädten, besonders aber in Berlin, auch heute noch sehr großen, sich zu bestimmten Terminen zusammendrängenden Anforderungen gewachsen sei. Wohnungsdruck und Wohnungsnot hätten allerdings den Quartalswechsel seine Bedeutung genommen, und die große Leistungsfähigkeit des Möbeltransportgewerbes fast in Vergessenheit geraten lassen. Erst seit etwa einem Jahre sei man wieder zu den früheren Gepflogenheiten zurückgekehrt. Dem habe auch der Polizeipräsident Rechnung getragen, indem er Ende vorigen Jahres wieder Räumungsfristen festgelegt habe. Diese Fristen betragen bei kleinen, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen einen Werktag, bei mittleren, aus mehr als zwei bis zu vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen zwei Werktage, und bei allen übrigen Wohnungen bis zu vier Werktagen, jeweils bis 16 Uhr. Beim hierdurch ein größerer Spielraum geschaffen und eine gewisse Gewähr geboten sei, so haben doch die Möbeltransporteure jetzt beantragt, diese Fristen für den Apriltermin ausnahmsweise auf zirka 10 Tage zu verlängern, um so die Möglichkeit zu geben, die Umzüge auf einen noch größeren Spielraum zu vertiefen.

Im übrigen rät die Organisation der Möbeltransporteure, sich hinsichtlich von einer engen Anlehnung an den genannten Quartalstermin freizumachen und den Umzug sobald als irgendmöglich vor oder nach dem 1. April zu verlegen. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß eine Vorverlegung im Interesse aller Beteiligten liegt. Die Ausführung von den besonders beanspruchten Zügen sei infolge der benötigten Zuschüßkräfte, die weniger geschnitten seien, langsamer und deshalb kostspieliger und vor allem auch mit größerem Risiko verbunden.

## An der Grenze eines Raubmordes.

### Vier Jahre Zuchthaus wegen versuchten Raubes.

Unter den zahlreichen schlimmen Raubüberfällen der letzten Zeit war dieser vielleicht doch einer der brutalsten. Die Räuber hatten sich unter einem fingierten friedlichen Vorwand in die Wohnung ihres Opfers Eintritt verschafft und waren während der freundschaftlichen Unterhaltung plötzlich über die wehrlose Frau hergefallen. Wäre nicht zufällig ihr Mann und ein Nachbar hinzugekommen, sie hätte bestimmt ihr Leben eingebüßt. Die Tat wäre dann nicht Raub, sondern Raubmord gewesen.

Nicht umsonst hatte der Jüngere von den beiden Angeklagten, der 24-Jährige, so gut wie unvorbestrafter J. zu seinem Verteidiger gesagt: „Ich danke dem Schicksal, daß die anderen hinzugekommen sind. Wer weiß, was noch geschehen wäre; wir wären so aufgeregt, daß wir auf die Frau eingeschlagen hätten, bis sie still gewesen wäre.“ Er hatte auch der überfallenen Frau aus dem Gefängnis regelmäßige Briefe geschrieben und auch in seinem letzten Wort vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ausführliche Reue bekundet. Auch sein Komplize, der 27-Jährige, wiederholt bestrafte A., sagte vor Gericht, daß er seine Tat bereue. Ueberzeugend klang das gerade nicht. Er war es auch, der die Tat ausgeführt und den Jüngeren zum Mitten veranlaßt hatte. A. hörte eines Tages, wie seine Wirtin davon sprach, daß die Eheleute A. in der Stalhofer Straße 16 000 Mark in der Wohnung hätten. A. war arbeitslos, die Unterstützung reichte nicht, die Summe schien verlockend hoch. Er nahm seinen Revolver mit, den er vor längerer Zeit, als er noch Kommunist war, einem Nationalsozialisten weggewonnen haben wollte, und begab sich in Begleitung des J. in die Wohnung der Frau A. Ein Herr B. habe ihn und seinen Freund zu dem Maurermeister A. empfohlen, sein Freund wolle sich ein Häuschen bauen. Frau A. nannte den beiden das Restaurant, wo ihr Mann zu finden war. Hier besprachen beide mit dem Mann die Sache, veranlaßten ihn, eine Zeichnung zu holen, gingen zurück in die Wohnung der Frau A., um hier die Rückkehr ihres Mannes abzuwarten und unterhielten sich mit ihr über den Bau des Häuschens. Plötzlich sprang A. auf: „Jetzt ist es Zeit, Frau, wo ist das Geld?“ Ein Schlag mit dem Revolver warf die Ueberrumpelte zu Boden, J. schlug auf sie mit der Faust ein und versuchte, ihr einen Lappen in den Mund zu stecken, A. bearbeitete sie andauernd mit dem Revolver. Die blutüberströmte Frau bezeichnete schließlich das Spind als Aufbewahrungsort von einigen Mark. In diesem Augenblick kamen aber der Mann und ein Nachbar herbei. Die Burken ergriffen die Flucht, schlugen auf die beiden ein, als sie sie festhalten wollten und wurden gefolgt. Frau A. kam ins Krankenhaus und hat sich bis heute noch nicht beruhigt und erholt. Ueber A., der nur stotternd sprach, erfuhr man so gut wie gar nichts. Die Mutter des J., eine sympathische Frau, fand keine Erklärung für die Tat ihres sonst gutartigen Sohnes. Wegen des Stiefvaters war er gezwungen, bei fremden Leuten zu wohnen.

Das Gericht verurteilte A. zu 4 Jahren Zuchthaus, J. zu 2 Jahren Gefängnis. Die wirtschaftliche Not, sagte der Vorsitzende, entschuldige ihre blutigen Taten nicht. Wenn die Strafe ihren erzieherischen Zweck erreichen soll, so müsse dem Strafvolk die Möglichkeit gegeben werden, die Aufgabe zu erfüllen. ...

## Coué auf Schallplatten.

Am Edenhotel demonstrierte der Psychotherapeut Dr. Cosimie Radwan Psychophonie, das heißt Auslösung durch die Schallplatte. Dr. Radwan geht von dem Standpunkt aus, daß bei Depressionen, die heute besonders zahlreich und früh in Erscheinung treten, eine Selbstbeeinflussung durch Energie so gut wie ausgeschlossen ist und daß etwas gekriegt muß, der inneren Harmonie wieder auf die Beine zu helfen. Diese psychophonen Schallplatten nun sollen in Form systematischer Übungen unsere Konzentrationsfähigkeit heben und stärken, eine feierliche Gnomatik, die unsere gehemmten Kräfte zu befreien und unserem Wohle nutzbar zu machen hat. Die demonstrative Darstellung ging so vor sich: Platte Nr. 1, die Morgenplatte — es gibt dann noch eine Nacht- und eine Abendplatte — hat die Aufgabe, die Kräfte für das beginnende Tagewerk zu sammeln und zu stärken; vor Abdrück der Platte drückt nun der Zuhörer auf einen Reihemesser, dann folgt der anfeuernde kategorische Imperativ: „Ich werde stärker, ich werde stärker, ich werde stärker.“ und siehe dann, wenn der Zuhörer nachher nochmals den Reihemesser drückt, ist die Ziffer darauf erheblich gestiegen; dasselbe Experiment demirkt auch eine erhöhte Puls- und Herzschlagzahl, wieder sind es anfeuernde Worte — diesmal in einer drängenden Steigerung gehalten. Anwesende Wissenschaftler kontrollierten und bestätigten den psychischen Kräfteanstieg; die Radwanplatte ist dann der Entspannung und die Abendplatte einer wachen Richtung gewidmet, beides in Form ausgezeichneter sprachlicher und musikalischer Leistungen. Die psychische Heilwirkung erfolgt natürlich nicht auf der Stelle, sondern sie soll sich nach wohnlichen Abhören der Platten einstellen. Ob diese psychophonen Erregungen praktisch sind, weißt man nicht, kann man nicht ohne weiteres behaupten, vorläufig stellt sie sich als ein Experiment von sehr bedingtem Wert dar.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Die Übungsstunde findet in dieser Woche am Freitag, 20 Uhr, im Orlangerhof der Sophienstraße, Weinmeister-Straße 16/17, statt.

## Arbeiterfänger fagen.

Der 13. Bezirk im Deutschen Arbeiter-Sängerbund hielt dieser Tage seine diesjährige Jahresversammlung im Beisein des Gauvorsitzenden Schneider, Berlin, in Ernter ab. Vertreter waren 12 Vereine mit 48 Delegierten. Nach dem Ernterchor „Freier Sang“ die Tagung mit Hoffmann „Bedruf“ eröffnete, gab der Bezirksvorsitzende Schmidt, Fürstenwalde, den Jahresbericht. Trotz der Wirtschaftskrise ist der Mitgliederbestand als stabil, sind die Finanzen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Der bisherige Bezirksvorsitzende wurde wiedergewählt, ebenso der Bezirkschorleiter Lehrer B. Koch, Fürstenwalde. Nach dem Bericht des Gauvorsitzenden über die Anträge zur Gaukonferenzversammlung und der Wahl der Delegierten zu derselben wurde beschlossen, das Singen in öffentlichen Anstalten mehr als früher zu pflegen. Für das kommende Jahr sollen für Männerchor „Kumpans“ und „Sturmlied“, für gemischte Chöre „Kumpans“, „Schicksalslied“ besonders berücksichtigt werden. Der Friedrichshagener Männerchor schloß mit einem Kampflied die prächtig verlaufene Bezirksversammlung ab.

Die Freie Schulgemeinde Charlottenburg bittet um mitzuteilen: Die Anmeldungen zur Einschulung der Schulanfänger für Charlottenburg, Ostern 1932, haben am Montag, dem 26. Dienstag, dem 26. und Mittwoch, dem 27. Januar, in der Zeit von 9 bis 13 Uhr, in der für das Kind zuständigen Schule zu erfolgen. Alle Eltern, die auf dem Boden der freien weltlichen Schul- und Erziehungsgedanken stehen, werden ihr Kind zur Aufnahme in die weltliche Schule an. Das ist die 34. Volksschule, Pestalozzi-Straße 40, zwischen der Wilmsdorfer- und Kaiser-Friedrich-Straße gelegen, beim Rektor Genossen Wilhelm Schmüder.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin 23 68, Lindenstraße 2, zum 1. Zerst. zu richten.

Wir beteiligen uns geschlossen an der Jahreshauptversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am 21. Januar, im Sportplatz, im Rahmen der Jahresversammlung mitbringen. Wir bitten als G.A.J., das heißt als Sozialisten, die Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am 21. Januar, im Sportplatz, im Rahmen der Jahresversammlung mitbringen.

Einzelere Sozial-Berlin. Erste Übungsabende am 19. Uhr im Heim Eichenstr. 10.

Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin am 21. Januar, im Sportplatz, im Rahmen der Jahresversammlung mitbringen.

Heute, Donnerstag, 21. Januar, 19 1/2 Uhr: **Rebent: Kämpfungswoche, Sozialistische Jugendbewegung.** — **Rennerwälder Platz 11** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 1: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 2: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 3: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 4: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 5: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 6: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 7: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 8: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 9: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 10: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 11: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 12: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 13: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 14: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 15: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 16: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 17: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 18: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 19: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 20: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 21: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 22: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 23: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 24: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 25: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 26: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 27: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 28: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 29: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 30: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 31: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 32: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 33: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 34: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 35: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 36: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 37: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 38: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 39: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 40: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 41: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 42: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 43: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 44: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 45: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 46: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 47: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 48: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 49: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 50: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 51: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 52: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 53: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 54: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 55: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 56: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 57: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 58: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 59: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 60: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 61: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 62: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 63: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 64: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 65: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 66: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 67: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 68: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 69: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 70: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 71: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 72: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 73: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 74: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 75: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 76: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 77: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 78: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 79: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 80: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 81: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 82: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 83: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 84: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 85: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 86: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 87: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 88: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 89: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 90: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 91: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 92: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 93: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 94: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 95: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 96: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 97: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 98: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 99: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 100: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 101: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 102: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 103: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 104: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 105: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 106: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 107: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 108: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 109: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 110: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 111: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 112: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 113: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 114: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 115: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 116: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 117: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 118: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 119: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 120: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 121: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 122: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 123: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 124: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 125: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 126: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 127: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 128: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 129: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 130: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 131: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 132: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 133: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 134: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 135: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 136: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 137: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 138: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 139: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 140: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 141: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 142: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 143: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 144: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 145: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 146: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 147: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 148: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 149: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 150: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 151: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 152: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 153: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 154: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 155: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 156: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 157: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 158: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 159: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 160: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 161: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 162: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 163: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 164: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 165: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 166: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 167: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 168: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 169: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 170: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 171: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 172: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 173: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 174: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 175: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 176: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 177: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 178: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 179: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 180: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 181: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 182: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 183: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 184: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 185: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 186: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 187: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 188: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 189: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 190: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 191: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 192: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 193: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 194: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 195: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 196: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 197: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 198: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 199: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 200: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 201: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 202: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 203: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 204: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 205: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 206: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 207: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 208: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 209: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 210: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 211: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 212: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 213: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 214: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 215: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 216: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 217: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 218: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 219: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 220: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 221: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 222: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 223: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 224: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 225: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 226: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 227: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 228: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 229: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 230: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 231: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 232: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 233: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 234: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 235: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 236: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 237: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 238: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 239: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 240: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp. 241: Sonnenburger Str. 24** (Nollnerstr. 11, 1. Stockwerk). — **Salp**

# Mario Mohr: Die Sage vom Totenschiff

In Romanen und Abenteuerer-Geschichten liest man immer wieder von „Totenschiffen“ oder sogenannten „Seelenverkäufern“, auf denen auch Passagiere, Staatenlose ohne Papiere und solche Menschen eingeschifft werden sollen, die Grund dazu haben, aus der Welt der Lebenden zu verschwinden. Solche Schiffe sollen „schwimmende Särge“ sein, die vom Schmutz leben, verbotenerweise Waffen transportieren, und Schiffe, die von sturpellosen Reedern in festumtlichtem Zustande hochverichert hinausgeschickt werden, um mit Mann und Maus unterzugehen und ihrem Besitzer hohe Entschädigungsummen einzubringen.

Gibt es das wirklich oder ist das nur eine Erfindung der Romananfänger? Natürlich benutzen auch Schmuggler gelegentlich Schiffe, aber das sind meist kleine Fischerboote. Gelegentlich trägt auch ein Schiff illegale Waffen in seinem tiefen verborgenen Rumpfe. Aber die sind dann von ihren Besatzern falsch und als harmlose Dinge deklarieren, und der Kapitän und die Reederei ahnen nicht, was sie befördern. Aber richtige Totenschiffe?

„Sag mal, Kämpfen, gibt es wirklich Totenschiffe?“ fragte ich meinen neuesten Freund, den alten Seebären Hinrichsen, den sie einfach „Kämpfen“ nennen.

„Ja, warum soll es das nicht geben? Da war mal einer, wie schief er sich doch?“ meint Hinrichsen in einem platterdings nicht wiederzugebenden Platt und begutachtet sachverständig seinen festschalen „Hydellen“ Grog.

„Rein, Kämpfen, ich muß es ganz genau und ehrlich und richtig wissen.“

„Du willst es in die Zeitung hineinschreiben? Ja, denn... Also: nein! Das gibt es nicht. Das habt ihr Schreiber erfunden. Vielleicht kommt es mal vor irgendwo in der Welt, daß so ein dreißiger Laufeserl... aber wo ein solider Staat dahinter steht, da gibt es das nicht. Bei uns schon gar nicht. Denn auf die Schiffe wird hüllisch aufgepaßt. Ein Schiff ist wie ein Mensch. Hat nicht umsonst auch einen Namen. Und ein Mensch muß einen Paß haben. Ein Schiff auch. Ein Schiff hat nicht nur einen Paß. Es hat einen ganzen Sack voll. Ein Mensch ist ein Nichts auf dem Meere. Ein Schiff aber ist ein stolze Sache. Deshalb braucht es auch viel mehr Papiere. Wo paß auf!“

Und Kämpfen Hinrichsen beginnt aufzuzählen und aufzuzählen, und was er sagt, das ist kein Seemannsgarn. Ich bin überall herumgelaufen bei den Stellen, die diese vielen Papiere ausstellen, und überall hieß es: ja, der alte Seebär hat recht. So muß es sein.

Zuerst einmal muß jedes Schiff irgendwo eingetragen sein. Es ist früher für uns die Stammtafel, in der alle weissenfähigen Männer verzeichnet waren, so gibt es auch Schiffsregister, die allerdings nicht fest an ein bestimmtes Land gebunden sind. Die meisten deutschen Schiffe sind beim Germanischen Lloyd verzeichnet, der seinen Hauptsitz in Berlin und in allen Hafenstädten der Welt Filialen hat. England hat Lloyd's Register, und auch andere Länder haben gleiche Einrichtungen. Diese stellen das Seefähigkeitsattest aus ohne das ein Schiff nicht auslaufen darf. Ähnlich wie die städtischen Hochbauämter den Häuserbau, so überwacht der Germanische Lloyd auch bereits den Schiffbau, steht die Pläne ein und befreit notwendigerfalls Mängelungen. Die Schiffe werden je nach ihrer Größe und Art in verschiedene Klassen eingeteilt und das Klassenzertifikat wird auf vier Jahre ausgestellt. Aber es gilt nur dann vier Jahre, wenn so lange dem Schiff nichts passiert und

keine größere Reparatur notwendig wird. Nach jedem Unfall, den ein Schiff erleidet, muß im nächsten Hafen das Seefähigkeitsattest neu ausgestellt werden. Speziell darum ist der Germanische Lloyd an allen Hafenplätzen der Welt vertreten. Nach zwei Jahren wird das Schiff untersucht, nach weiteren zwei, also insgesamt vier Jahren muß nach einer noch genaueren und eingehenderen Untersuchung das Seefähigkeitsattest neu ausgestellt werden. Ferner braucht jedes Schiff ein Attest über die Ausrüstung, das die Seeberechtigten ausstellt.

Ist das Schiff ein Passagierdampfer für Auswanderer, dann muß auch von Fall zu Fall der Reichskommissar für das Auswandererwesen seine Genehmigung geben. Jedermann, der auf dem Schiff beschäftigt ist, hat eine ganz bestimmte Obliegenheit beim Rettungsdienst in Fällen der Gefahr zu erfüllen. In Sicherheitskursen werden diese einzelnen Posten verteilt und geübt. Wenn es dem Reichskommissar notwendig erscheint, kann er die Vorführung eines solchen Manövers verlangen.

Dann braucht ein Schiff Gesundheitspässe. Der jeweilige Hafenarzt kümmert sich nur um die einlaufenden Schiffe. Die auslaufenden Schiffe haben sich von den konsularischen Vertretungen aller der Staaten, in denen sie auf ihrer Reise Häfen aufsuchen, von Fall zu Fall diese Gesundheitspässe ausstellen zu lassen. Müßig beispielsweise ein Schiff auf einer Reise zwölf Häfen in sieben verschiedenen Staaten an, dann muß es sieben verschiedene Gesundheitspässe haben.

Außer diesen gibt es noch eine ganze Anzahl ständiger Papiere, die immer an Bord sein müssen: ein Seeschiffsmehrbrief, ein Maschinenzertifikat, ein Schiffszertifikat, ein Rekrutier für den Suezkanal und ein Rekrutier für den Panamakanal, wenn das betreffende Schiff auch dorthin fährt. Und dann natürlich noch das Schiffstagebuch, das sorgsam geführt werden muß. An jedem Tage wird eingetragen, welchen Weg das Schiff zurückgelegt hat, wo es sich befindet, wie das Wetter war und was sich sonst noch auf dem Schiff ereignet hat. Und hinten in dem Schiffstagebuch ist noch ein kleines, nicht sehr viel benutztes Geburts- und Sterberegister. Hier werden die Geburten- und Sterbefälle notiert und genau die Stellen, an denen sie erfolgt sind.

„Reinst du den Jakob, den alten Kolbärtigen?“ fragt mich der Kämpfen. „Rein?“ Frage ihn mal, wo er geboren ist! Dann sagt er: soundsoviel Grad Breite und soundsoviel Grad Länge. Ja, das gibt es auch.“

„So“, resümiert der Kämpfen, „das muß ein Schiff alles haben, und ohne das darf es nicht auslaufen. Kannst du jetzt selbst ausrechnen, ob es Totenschiffe gibt. Und zu drehen ist da gar nichts. Denn wenn was passiert, dann geht es nicht nur dem Kapitän an Kopf und Kragen, sondern auch allen denen, die diese Atteste und Zertifikate ausgestellt haben. Und sie werden sich schon hüten, etwas zu attestieren, was sie nicht verantworten können.“

„Aber wo ein Schiff gerade ist, das wissen sie doch nicht?“ „Rein. Eine Stelle, die weiß, wo alle Schiffe augenblicklich sind, gibt es nicht. Wer diese Papiere hat, der kann fahren, wohin er will. Wo die einzelnen Schiffe sind, das wissen nur die Reedereien, denen sie gehören. Ist schon eine harte Arbeit auf See. Und vor den Maschinen und Feuerstellen Dienst zu machen, ist kein Vergnügen. Aber Totenschiffe, Seelenverkäufer, nein, das gibt es heute nicht mehr.“

# Carlos Lee: Zwei Paar Hände

Berlin, in der Untergrundbahn, Ostseede, später Nachmittag. Ein elegantes junges Mädchen, Pelz, kleines Hüchlein, zieht aus der Kofenbildertasche einen Spiegel und neigt ihm in funktreich frisiertes Haar. Ihre feinen, zarten Finger biegen sorgsam die widerpenigen Härchen zurecht.

Die Hände sprechen eine bereite Sprache. Ihre Finger sind weiß, die Nägel rosa gefärbt, lackiert und sorgfältig gefeilt. Die Hand, die den Spiegel hält, trägt zwei Goldringe mit Rubin und Brillant. Die Haut ist weich und gepflegt.

Von einem wohlbehüteten, geschützten Dasein erzählen diese Hände, einem Dasein, das sich in behaglicher, schöner Wohnung mit angenehmen, zwecklosen Dingen abgibt. Der Seidenspiß Fuch wird von Dienstmädchen gebadet und gefämmt. Er wird geschäftelt, wie es selbst wenigen Menschen Kindern in der Großstadt beschieden ist. Das gnädige Fräulein hätte zwar eine Angorafarbe lieber gehabt, doch Kägen haben Krallen. Wenn es mit ihr spielt, könnte das gnädige Fräulein das zu spüren bekommen. Und ein Nig auf der weißen Sammethaut dieser Hände wäre eine Katastrophe. So schön sind diese Hände, so edel.

Gleich nebenan sitzt eine Arbeiterin. Schichtwechsel in der Fabrik, nun kann sie endlich heim. Ihre Hände liegen reglos müde im Schoß. Sie zucken hin und wieder von Ueberarbeitung. Sie sind rüffig und geschunden, die Haut spröde und rau.

Von Mühsal, Sorge und Hoffnungslosigkeit sprechen diese Hände der Fabrikarbeiterin. Das Heim, das sie erwartet, harri ihrer, daß sie es erst noch aufräume. Morgens — noch im Dunkel muß sie auf und fort — ist dazu keine Zeit. Die Kinder rufen nach ihr. Es gibt kein Ausruhen. Ja, als ihr Mann noch lebte... Aber ihn trah das Werk. Proletariatschickal. Die Herren oben zucken nur die Lippen. Ihr Leben ging weiter. Einer sagte:

„Wo Holz gehackt wird, fallen Späne.“ So sind sie.

Von all dem erzählen die armen, abgearbeiteten Hände der Arbeiterin. Wie sie so still halten neben dem eleganten jungen Mädchen mit ihren feinen, gepflegten, edlen Händen, erscheinen sie, die armen, arbeitsmüden, plötzlich wie von einem Heiligenschein umstrahlt. Und nebenan, die gepflegten, feinen belanglos und ganz ohne Wert. Denn auf jenen anderen ruht das Martyrium eines Volkes....

# Wie ein großer Erzieher wurde

## Aus Kerchensteiner Erinnerungen

Einer der großen Erzieher des deutschen Volkes ist in dem Münchener Pädagogen Georg Kerchensteiner dahingegangen. Mit Recht hat ihn Eduard Spranger „den echten Pestalozzianer unserer Zeit und den genialsten Pädagogen unter den Lebenden“ genannt. Wie sein großes Vorbild hat sich auch Kerchensteiner aus den ärmlichsten Verhältnissen zur Weltgeltung emporgearbeitet. Seine „Selbstdarstellung“, die er in dem bekannten Sammelwerk „Die Pädagogik der Gegenwart“ veröffentlicht hat, atmet denselben tiefen Drang nach Bildung und Erkenntnis, ein gleiches Streben aus dem Dunkel ins Helle.

Seine Eltern waren Holzm und hausten in einer Wohnkuche, deren zwei Fenster auf einen dunklen Hof hinausgingen. In dieser traurigen Umgebung wuchs der künftige Schöpfer der „Arbeitschule“ auf. „Ich liebte das freie Herumstreifen vor den Toren der Stadt, die sich unweit des Wohnhauses öffnete“, schreibt er, „die Briefmarken, das Marionettentheater und das Lesen aller bedruckten Papiere, die in meine Hände kamen. Hatte ich ein recht feines Buch erwirbt, dann hing ich mir den allen Bügelteppich um die Schultern und spazierte laut lesend wie ein Prediger auf drei Köfmoden auf und ab, die längs der Wand des Wohnzimmers standen, und las die schönsten Stellen meiner lachelnden Mutter vor, die am Fenster sah und meine zerrissenen Hosen, Strümpfe und Hemden flüchte.“ Der aufgeweckte Junge wurde Volkschullehrer, aber als er nach eben vollendetem 16. Jahr seinen ersten Schulgehilfendienst in dem Dorfe Forstinning antrat, da war der Schulmeister entsetzt von dieser noch so kindlich aussehenden Unterstützung und brach in die Worte aus: „O verflucht, jetzt schickt mir die Regierung sogar ein kleines Kind zum Schullehnen!“ Sein besonders ausgeprägtes Interesse für die Naturwissenschaften verlorde den jungen Volksschullehrer zu allen möglichen Studien, aber bald erkannte er, daß er durch das Gymnasium hindurch muß, um an die Quellen der Bildung zu gelangen. Zuerst nimmt er bei einem Oberlehrer lateinische Stunden, dann aber sieht er, daß es so nicht weiter geht und faßt einen großen Entschluß.

„Ich hatte den ganzen Sonntag mit der lateinischen Grammatik verbracht. Es war sehr spät geworden. Da legte ich mich seit entschlossen hin und schrieb an den Magistrat der Stadt Augsburg meine Bitte um Entlassung aus dem Schuldienst ohne Grundangabe, ohne Ausdruck des Wunsches, gegebenenfalls wieder in den Schuldienst aufgenommen zu werden. Ich wollte alle Brücken abbrechen, damit mich eine spätere Reue zur Umkehr nicht bewegen könne.“ Nun ging er mittellos aufs Gymnasium und hungerzte sich durch; das Studium wurde ihm dadurch erleichtert, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern sich besserten, und nach dem Staatsexamen wurde er Assistent an der Münchener Meteorologischen Station. Aber diese Arbeit befriedigte ihn wenig, und die von ihm gezeichneten Weiterkarten benagte er als Liebeszeichen. „Ich verließ“, so erzählt er, „in den von Ziffern begleiteten Notizen die Ziffer 7 mit einem besonderen Schwünzchen, das keinem Menschen auffiel. Aber der Marktfrauen am Ostmarkt in Augsburg mußte es allmählich rätselhaft sein, warum ein junges Mädchen nach seinen Einkäufen jeden Tag so eifrig die Wetterkarte studierte und die fremden Hälften an den Eisenner Ziffern abzählte. Sie bedeuteten nämlich ebensoviele Grüße von mir aus München.“

Nachdem Kerchensteiner längere Zeit Gymnasiallehrer gewesen war, fand er das eigentliche Gebiet seines Wirkens 1895 als Stadtschulrat von München. Nun begann er eine Reform des Volksschulunterrichts, indem er besonders den Werkstattunterricht einführte. Dann schuf er die „Arbeitschule“, deren Begriff er in einem berühmten, in elf europäische und drei asiatische Sprachen übersehten Werk dargestellt hat. Er versuchte, der alten Erkenntnis Pestalozzis vom rechten Bildungsweg die Wege zu bahnen und stützte sich auf die Worte seines Vorbildes: „Man soll alles nur wissen um des Tuns willen. Ausüben und Tun ist für alle Menschen die Hauptsache. Alles Wissen des Menschen muß sich nach dem rechten, was er auszuüben und zu tun hat.“ Kerchensteiner betämpfte die Erziehung, die hauptsächlich auf das theoretische Wissen Wert legte und die Einführung in die Praxis vernachlässigte. „Mein Kampf“, sagte er, „galt von jeder einer Schulorganisations, die darauf ausging, eine „abgeschlossene Allgemeinbildung“ zu geben.“ Dabei hatte er große Widerstände zu überwinden aber allmählich setzten sich seine Gedanken durch, nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Amerika, und München wurde ein „pädagogisches Mekka“, wobei diejenigen walfahreteten, die die Entwicklung der „Arbeitschule“ im großen Stil beobachten wollten. Auch als Hochschullehrer hat Kerchensteiner hervorragendes geleistet und seine so gegenständig fortwirkende Ideen in wissenschaftlichen Werken festgelegt.

# Sodom und Gomorrha als Kalifabrik

Am 2. Januar ist die erste Kalifabrik am „Toten Meer“ fertiggestellt worden.

Die „Palästina Potash Co.“, die das Recht der Ausbeutung des „Toten Meeres“ von der Regierung erworben hat, hat am 2. Januar die erste Fabrik zur Gewinnung von Kali fertiggestellt. Die Fabrik befindet sich ungefähr 9 Kilometer von der Stadt Jericho entfernt. Es ist geschichtlicher und biblischer Boden, der jetzt in die Weltwirtschaft einbezogen wird.

Es ist ungefähr fünf Jahre her, daß zum ersten Male der Gedanke, die Reichtümer von Sodom und Gomorrha auszubeuten, aufstauhte. Das „Tote Meer“ heißt bekanntlich auch das Salzmeer. Es ist der „Mphalsee“ der Griechen und zeichnet sich durch seinen großen Reichtum an Kali, Brom usw. aus. Aus diesem Grunde ist auch das Wasser des Toten Meeres verhältnismäßig schwer, denn sein spezifisches Gewicht beträgt 1,066 gegenüber 1,02 dem Wasser der Weltmeere. Da auch dieses Wasser schon salzhaltig ist, so kann man aus der Schwere des Wassers des Toten Meeres seinen großen Reichtum an ausbeutungsfähigen Stoffen erkennen. Eine englische Kommission untersuchte wissenschaftlich die Beschaffenheit des Wassers, um festzustellen, wie groß der Wert des Toten Meeres sei. Als man erkannte, daß eine Ausbeutung sehr rentabel sein wird, wurde der Plan verwirklicht. Zuerst denkt man daran, die Produktion auf 20000 Tonnen Kali zu steigern. Es besteht die Möglichkeit, Salzpflanzen für die Gewinnung von 1½ bis 2 Millionen Tonnen anzulegen. Das Tote Meer ist in zwei Becken geteilt, die eine verschiedene Tiefe aufweisen.

Das nördliche Becken wird bis zu 300 Meter tief, während das südliche sehr flach ist. Die Länge dieses Reichtumsbecken, der sich von Norden nach Süden erstreckt, beträgt 76 Kilometer, und seine Breite schwankt zwischen 4,5 und 16 Kilometer. Er liegt 394 Meter unter dem Meerespiegel. Dadurch ist es eine landschaftliche Seltsamkeit, denn es ist die tiefste bekannte Einsenkung auf der ganzen Erde. Seinen Namen hat es daher, daß sich in seinem salzhaltigen Wasser weder Fische noch Schalthiere aufhalten können. Früher war das Tote Meer Privatbesitz des Sultans. Es hat auch den Namen Blaumeer, der allerdings auf die ganze Gegend bezogen ist, denn hier herrscht während des größten Teiles des Jahres eine schwüle Hitze, die durch die außerordentlich tiefe Lage des Sees begünstigt wird und die Verdunstung des Toten Meeres stark fördert. Dadurch ist der Spiegel des Toten Meeres in der letzten Zeit erheblich gesunken. Wasserversuch erhöht das Tote Meer durch den Jordan, der vorher erst den See Genezareth durchfließt.

Es ist bekannt, daß nach der Bibel an der Stelle, wo jetzt das Tote Meer liegt, einstmal die fruchtbare Ebene Siddim gelegen war, auf der sich die Städte Sodom und Gomorrha befanden. Durch einen Schwefelstrom wurde das Land verunflücht. Man glaubt, daß tatsächlich hier einstmal fruchtbares Land vorhanden war, das durch ein Erdbeben, sowie durch vulkanische Eruptionen und dadurch hervorgerufene völlige Umgestaltung der Grundwasserhältnisse zu diesem Salzmeer geworden ist. Für die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes, die sich auf Erzeugung von Brom bezieht, ist die Herstellung von guten Straßen dringend erforderlich. Die Erzeugnisse der Kali- und Bromfabriken müssen nach Jaffa gebracht werden. Zu diesem Zwecke wurde von der englischen Regierung ein Automobilweg nach der Straße Jerusalem-Jericho angelegt, der aber den großen Bedürfnissen wenig gewachsen ist. Erforderlich ist eine Eisenbahn, die allerdings von der Regierung abgelehnt wird. Die Palästina Potash Company beschäftigt nun, im Tale

des Jordan für ihre wirtschaftlichen Zwecke eine Bahn zu bauen, die an den Schienenweg nach Haifa Anschluß erhalten soll. Hier ist ein großer Exporthafen im Entstehen, der zugleich auch für die Kali- und Bromfabriken des Toten Meeres zur Verfügung stehen soll. Haifu würde dadurch in wirtschaftlicher Beziehung eine Zentrale des Handels von Palästina werden und Jaffa in den Hintergrund drängen.

Es sind also höchst moderne wirtschaftliche Fragen, die mit dem Toten Meer in Verbindung gebracht werden, und an der Stelle, wo sich einstmal nach der Bibel ein furchtbares Strafgericht vollzog, breiten sich jetzt die Röhren und Salzpflanzen der Kalifabrik aus. Der Name Sodom ist übrigens noch in dem Namen des Salzberges Usdum enthalten, der südlich vom Toten Meere gelegen ist. Dieser Name ist die einzige Erinnerung, die an die Geschichte der Stadt Sodom und ihrer Schwesterstadt Gomorrha erinnert.

# Tanzmalineen

Senta Hillert und Maria Schallenberg gaben eine Malinee im Neuen Theater am Zoo. Bei Senta Hillert ist die Grundlage einer soliden Tanzkultur (Palucca-Schule) nicht zu verkennen. Die persönliche Note aber zu dünn. Beichte, leichte, lustige Soden gelingen am besten. Wo es in purpurnen Tiefen gehen soll, folgt Verlager auf Verlager. Dann entsetzt oft der Eindruck des Stützenhaften, oberflächlich Angelegten, nur Markierten. Statt eines erlebten, rund gestalteten Kunstwerks werden Bruchstücke gegeben, die sich zu einem organischen Ganzen nicht zusammenfügen, die wie Fettsäuren auf dünner Brühbe schwimmen. In solchen Fällen verlagert auch die sonst geübte Technik, sie wird heftig ausdruckslos, oberflächlich gymnastisch — Die Köfnerin Maria Schallenberg erscheint in jeder Hinsicht noch so unfertig, daß ich Bedenken trage, ihre Darbietungen auch nur als Talentproben gelten zu lassen. Ein Beibring, der sich an Reizeraufgaben abnungslos heranzugibt, ohne geodert zu haben. J. S.

Emmerich Gabsdul aus Prag, der im Kleinen Theater tanzte, ließ der Presse vor seinem Auftreten mitteilen, er sei „einer der herorragendsten Vertreter der modernen Tanzkunst“ und moße „sein großes Können und seine reiche Phantasie auch in Berlin demonstrieren“. Im Kleinen Theater tat er das jedenfalls nicht. Seine Ballettproben, die in allen Tänzen die gleichen sind, haben mit moderner Tanzkunst nichts zu tun. Sein „Können“ beschränkt sich auf Ballett-Technik, seine „Phantasie“ auf den Kostümwechsel. Einmal betrat er die Bühne mit zwei dolchähnlichen Gebilden in den Händen und nannte diesen Tanz „Dolchtanzen“. Es hätten oder ebensogut Fächer oder Tambourins sein können; die reiche Phantasie des Tänzers wäre gewiß auch in diesen Fällen um die entsprechenden Namen nicht verlegen gewesen. Daß er in seinem „Erkenntnis“ ein besonderes Strohbüdel mit den Gesäßen eines Operntenors liebsten würde, war nach den vorausgegangenen Darbietungen zu erwarten. Ein Teil des nicht sehr zahlreichen Publikums erkannte dankbar an, daß die Pause eine bequeme Möglichkeit zur Flucht vor weiteren Darbietungen bot; der Rest verharrete freundschaftlich verbunden. Vielleicht verläßt sich Herr Gabsdul einmal weniger auf seine eigene Phantasie und sein Können und vertraut seinen sehr gefestigten Körper einem Tanzlehrer an; es wäre denkbar, daß er dann wirklich lernt, längerlich mit ihm etwas anzufangen.



# Ein Plan zur Kredit- und Bankreform.

## Die Vorschläge Wagemann. — Wirtschaftssreinigung und Tilgung der schwebenden Schulden.

Deutschlands Kreditkrise, die so schwere Folgen für die Gesamtwirtschaft hat, ist durch den Abzug von mehreren Milliarden ausländischer Kredite, das gleichzeitige Einfrieren riesenhafter Kreditbeträge, durch Fehlinvestitionen der Industrie sowie durch die sehr verringerte finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates erzeugt. Im Inland wird wenig neues Kapital gebildet; die meisten trauen sich auch nicht, das wenige neue Kapital fest anzulegen. So führt die Kreditkrise trotz der gegenwärtigen Stillhaltung des Auslandes und trotz der Befreiung von den Reparationszahlungen zu einem beträchtlich überhöhten Zinsniveau, und an eine Erholung der Wirtschaft ist nicht zu denken.

Die Frage ist nun, wie man die eingefrorenen Kredite lockern kann, wie man den Staat und die Gemeinden von ihren beträchtlichen schwebenden Schulden befreien kann, wie man dadurch die Banken bewegungsfähiger macht und eine allgemeine Anregung der Wirtschaft möglichst gemacht wird.

Was man in dieser Richtung bisher gesehen hat, waren meist Inflationspläne irgendwelcher Art. Die kann sich Deutschland nicht leisten, nachdem das Volk als gründlich gebranntes Kind selbstverständlich sofort in Gold rechnen wird, sobald irgendwelche Inflationsmaßnahmen getroffen werden. Alle diese Dinge hat offenbar ein Plan bedacht, der von einer Anzahl im öffentlichen Leben stehenden Männern ausgearbeitet worden ist und der jetzt von seinem Hauptverfasser, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamtes Professor Dr. Wagemann, der Öffentlichkeit übergeben wurde. Dieser Plan will die oben angedeuteten Ziele ohne inflationistische Maßnahmen durch einen Umbau des deutschen Geld-, Kredit- und Bankwesens auf moderne, hochkapitalistische Verhältnissen entsprechende Formen erreichen.

Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts gibt es die sogenannte bargeldlose Zahlung.

das heißt, die gegenseitige Abrechnung und Ausrechnung von Forderungen, ohne daß man mit Noten oder mit Gold bezahlt, in den Büchern der Banken und im sogenannten Giroverkehr der Reichsbank, der Banken und Sparkassen. In dieser Art gegenseitiger Verrechnung, von der der Scheckverkehr nur eine Abart ist, wird genau so in der Volkswirtschaft bezahlt, als ob man mit Noten und mit Gold bezahlen würde. In der Wissenschaft hat sich für diese Art Geld — denn es ist alles Geld, womit überhaupt bezahlt wird — das „Giralgeld“ eingebürgert. In der Art, wie die meisten Banken arbeiten — das gilt auch für die Deutsche Reichsbank — hat man aber diese Umwälzung der Zahlungsmethoden bisher noch kaum berücksichtigt. In Amerika und England hat man das in großem Umfang schon getan und hat die Notenbanken und das ganze Geldwesen zum Teil schon entsprechend eingerichtet.

Es gibt in der Hauptsache zweierlei Arten von Zahlungen.

für die man Geld braucht. Die eine ist die Kreditgewährung und Schuldenszahlung der Wirtschaftsbetriebe, die durch den Abrechnungsvorgang mittels des Giralgeldes erfolgt. Benötigt werden hierbei auch die größeren Banknoten von 100 und von 1000 Mark. Die andere ist die Auszahlung von Löhnen und Gehältern und ihre Verwendung zu Einkäufen, was in erster Linie in der Verbrauchswirtschaft (und nicht für die Produktionswirtschaft) erfolgt. Für diese Zahlungsart dienen neben den Münzen hauptsächlich die kleinen Noten von 10, 20 und 50 Mark. In beiden Fällen handelt es sich zwar um Geld, aber es handelt sich doch um ganz verschiedene Zahlungsgebiete und Zahlungszwecke. Man hat aber bei der bisherigen Geld- und Bankentwicklung diese Verschiedenheit überhaupt nicht berücksichtigt, und außerdem hat man die Kreditgewährung und Schuldenszahlung in der Produktionswirtschaft fast ausschließlich dem freien Ermessen der privaten Banken überlassen. Die Verfasser des Planes sehen es nun als eine Folge der in der gewerblichen Kreditwirtschaft fehlenden Kontrolle an, daß in Deutschland (auch anderwärts) so massenhaft kurzfristige Kredite für langfristige Zwecke verwendet worden sind und daß auch wegen dieser Unzulänglichkeit in der Geld- und Bankentwicklung die international verursachte deutsche Kreditkrise aus innerdeutschen Gründen verschärft worden ist.

Hier will man anpacken, um die Verhältnisse in der deutschen Kredit- und Bankwirtschaft zu bessern. Man sagt sich, daß man in erster Linie für eine sorgfältigere Kreditgewährung in der Produktionswirtschaft sorgen muß. Zu diesem Zweck muß das sogenannte Giralgeld (das Abrechnungsgeld und die großen Noten) auch unter eine Kontrolle gebracht werden, die bisher, soweit die Kreditgewährung selbst in Frage kam, bei den Banken unzureichend war. Von den Banken werden etwa jährlich 20 Milliarden Mark Kredite für Betriebszwecke gewährt, teils für drei Monate, teils für länger. Für diese Kredite sollen die Banken bei der Reichsbank einen bestimmten Prozentsatz (10 Proz. für Kredite bis drei Monate, 3 Proz. für Kredite über drei Monate) hinterlegen (Giroreserve). Diese Giroreserve soll zusammen mit den vorhandenen Gold- und Devisenbeständen die Deckung für die großen Noten von 1000 Mark sein und zugleich eine größere Sicherheit für die Zahlungsfähigkeit der Banken bieten. Die Gold- und

Devisenbestände sind ja nach wie vor nötig, um im Zahlungsverkehr der Produktionswirtschaft mit dem Ausland auszuweichen.

Man will nun aber für alles Geld, das dem Konsumverkehr dient, also in erster Linie für die Noten von 10, 20 und 50 Mark, eine andere Art von Deckung schaffen, und zwar eine Deckung, wie sie die Vereinigten Staaten schon seit Jahrzehnten eingeführt haben. Für den Umlauf dieser 10-, 20- und 50-Mark-Noten, der etwa drei Viertel des gesamten Notenumlaufs ausmacht, will man der Reichsbank in Höhe von

### 3 Milliarden Mark eine ewige verzinsliche Staatsschuld des Reiches

geben. Man sagt sich mit Recht, daß für die Deckung der kleinen Noten, die ja fast nur dem Zahlungsverkehr in der rein inländischen Verbrauchswirtschaft dienen, Gold und Devisen nicht erforderlich sind. Bei dieser Schaffung einer ewigen verzinslichen Staatsschuld als Gegenwert für die dem Verbraucherverkehr dienenden Zahlungsmittel der Reichsbank liegt nun der springende Punkt für die praktischen Ziele des Planes.

Die Reichsbank hat gegenwärtig neben den eigentlichen laufenden Wirtschaftskrediten für etwa zwei Milliarden Mark Wechsel und entsprechende Kredite gegeben, die in der Wirtschaft eingefroren sind. Die Banken haben ihrerseits Reich, Ländern und Gemeinden kurzfristige Kredite gewährt, die nicht zurückgezahlt werden können (öffentlich schwebende Schuld). Diese verzinsliche Staatsschuld von drei Milliarden soll nun die Grundlage sein, von der aus Reich, Länder und Gemeinden ihre schwebenden Schulden bei den Banken tilgen. Dadurch entsteht eine Erleichterung in der Kreditlage der Banken (und auch Sparkassen) und es werden Beträge frei, die für Wirtschaftskredite verwendet werden können. Bekommen die Banken neue Handelswechsel herein, so können diese Wechsel wie bisher bei

der Reichsbank diskontiert werden, bei der nun durch die Tilgung der öffentlichen kurzfristigen Schulden, die die Zurückziehung von Bankwechseln bei der Reichsbank zur Folge hat, auch neue Kreditmöglichkeiten bestehen. Soweit die Wirtschaftslage sich bessert, kann dann auch ein Auftauen der eingefrorenen Kredite in der Industrie erfolgen. Soweit auf der anderen Seite solche eingefrorenen Kredite absolut verloren sind, können Sanierungen in der Industrie leichter durchgeführt werden, und was bei den Banken an Verlusten dabei hängen bleibt, muß von den Banken durch die Opferung ihrer Reserven oder in der Zukunft erzielten Gewinne getilgt werden. Man erreicht also ein Doppeltes: Die Kreditkrise wird in ihrer wirtschaftsschädlichen Wirkung leichter gemacht und die Verlustbereinigung in der Privatwirtschaft wird begonnen.

Es besteht kein Zweifel, daß es sich hier um einen absolut ernstlichen Plan handelt, der aber auch gerade deshalb die allergründlichste Prüfung verlangt. Er ist keine werlose Patentlösung, wie man Duhende alle Tage vorgelegt bekommt und ist vor allen Dingen kein inflationistischer Plan, vor dem auch unter heutigen Verhältnissen sofort abzurücken wäre. Freilich hat der Plan schon jetzt Gegner gefunden, es spricht aber für ihn, daß diese Gegner bei den privaten Großbanken und wohl auch in der Schwerindustrie sitzen, wo man der Verlustbereinigung aus dem Wege gehen möchte und wo man vor allem auch jetzt noch dem Staat die Kosten für die fehlerhafte Wirtschaftsführung in der Vergangenheit aufbürden möchte. Der Plan hat eine sehr weitgreifende Kontrolle der Kreditlenkung und damit auch eine verschärfte Überwachung der Banken zur Folge, was wiederum allen Gegnern einer rationalen, den heutigen Notwendigkeiten angepaßten Wirtschaftsführung nicht willkommen ist. Diese Dinge sind schon jetzt zu sagen, obwohl es selbstverständlich ist, daß auch wir uns unsere abschließende Stellungnahme vorbehalten.

## Maschinenjahr 1931.

### Ein ungünstiges Jahr und eine ungünstige Vorhergabe.

In einem Ueberblick über die Entwicklung der Konjunktur in der Maschinenindustrie während des Jahres 1931 sagt der Verein der deutschen Maschinenbauanstalten, daß sich die Lage weiter verschlechtert hat. „Die rückläufige Bewegung erfolgte jedoch nicht gleichmäßig während des ganzen Jahres. Der seit 1929 beobachtete Abstieg wurde im Frühjahr 1931 infolge der durch die Regierungsmassnahmen veranlaßten Selbstkostenlenkung von einer über die Saisonhebung hinausgehenden Aufwärtsbewegung abgelöst. Der Kreditzusammenbruch im Sommer brachte dann eine in Tempo und Ausmaß bisher noch nicht dagewesene Verschlechterung der Lage.“

Der Eingang von Inlandsaufträgen lag um 40 Proz. unter dem Stand von 1930 und um 70 Proz. unter dem Stand von 1927. Das Auslandsgeschäft erfuhr nach vorübergehender günstigerer Gestaltung während des Sommers in der zweiten Jahreshälfte unter den Auswirkungen von Pfundsturz, Devisenzwangbestimmungen und ausländischen Zollerhöhungen einen empfindlichen Rückschlag. Das Jahresergebnis 1931 der Auslandsaufträge blieb um 20 Proz. hinter dem von 1930 zurück und um 35 Proz. hinter dem Stand von 1929, dem für das Auslandsgeschäft bisher günstigsten Jahre. Der Anteil des Auslandsgeschäftes ist, da sich das Auslandsgeschäft immer noch besser gehalten hat als das Inlandsgeschäft, im Jahre 1931 ständig weiter gewachsen, so daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 — 63 Proz. des Auftragseinganges der Maschinenindustrie ausschließlich auf Ausfuhrgeschäfte beruhten. Dies zeigt die außerordentliche Bedeutung der Auslandsmärkte für die Existenz der deutschen Werke und die Beschäftigung der Arbeitermassen. Eine Warnung für die Zollpolitik!

Das Jahr 1931 brachte weitere Arbeitseinschränkungen. Obgleich am Ende des Jahres 60 Proz. aller Arbeiter in Kurzarbeit standen, mußten in den noch in Betrieb befindlichen Werken die Belegstellen, die schon im vorhergehenden Jahr um ein Viertel verringert worden waren, um weitere 25 Proz. vermindert werden. Der an den geleisteten Arbeiterstunden gemessene Beschäftigungsgrad ging von 44 Proz. der Sollbeschäftigung am Ende des Jahres 1930 auf 32 Proz. am Ende des Jahres 1931 zurück.

Ueber die Aussichten wird gesagt, daß die völlig ungeklärte außen- und innenpolitische Lage naturgemäß den Abzug der Käuferindustrien behindert, für deren Auftragszugang billiges Kapital und Vertrauen der Kundschaft in die allgemeine Lage eine wesentliche Voraussetzung bilden. Andererseits ist es für die Ueberwindung der Krise von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, bei den Investitionsindustrien einen besseren Beschäftigungsgrad zu erzielen, der sich dann durch Erhöhung der Kaufkraft der eingestellten Arbeiter und Angestellten betrübend auf die gesamten übrigen Industrien auswirken würde.“

Die neuen Butterzölle sind im „Reichsanzeiger“ vom 20. Januar veröffentlicht worden; sie treten am 23. Januar in Kraft.

## Farbengeschäft mindert Stickstoffverluste

### Günstige Entwicklung der Weltfarbenindustrie 1931.

Im Jahre 1930 hatte sich die Farbstoffausfuhr der Welt gegenüber dem Rekordjahr 1929 der Menge nach um 7835 Tonnen oder 9,7 Prozent und dem Wert nach um 17 Millionen Mark oder 5,2 Prozent vermindert. Das Jahr 1931 hat für die meisten Länder, von den Vereinigten Staaten abgesehen, eine Steigerung der Farbstoffausfuhr gebracht.

Die deutsche Farbstoffausfuhr betrug in den ersten 10 Monaten des Jahres 1931 33625 Tonnen gegenüber 31512 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1930. Die schweizerische Farbstoffausfuhr stieg von 6991 auf 7061 Tonnen, die britische von 4712 auf 5008 Tonnen. Die französische Ausfuhr betrug in den ersten 8 Monaten des Jahres 1931 sogar 1768 Tonnen gegenüber 1233 in der gleichen Zeit 1930.

Von den größeren Produzenten zeigen Italien und die Vereinigten Staaten allein einen großen Exportrückgang; die italienische Ausfuhr sank von 529 Tonnen in den ersten 8 Monaten des Jahres 1930 auf 431 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1931, während die amerikanische Farbstoffausfuhr von 10.273 Tonnen in den ersten 10 Monaten des Jahres 1930 auf 7990 Tonnen in derselben Zeit des Jahres 1931 zusammenschrankte.

Die Teerfarbenindustrie der Welt war im Jahre 1931 von Kriseneinflüssen viel weniger betroffen worden als alle übrigen Industriezweige. Die großen Chemiekonzerne Deutschlands, Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten sind in der Abfahrentwicklung dieses Industriezweiges teilweise einen Ausgleich für die Verluste, die infolge der Krise auf anderen Gebieten der chemischen Produktion, besonders auf dem Kunstdüngergebiet, entstanden sind. Besonders galt das für die deutsche I.G. Farben-Industrie-A.G., deren Geschäftspolitik auf Kosten der Gesamtheit in der letzten Zeit besonders peinlich aufzufallen beginnt.

## Die Abkehr vom Schnaps.

### Rapides Sinken des Branntweinkonsums.

Trotz der Massenarbeitslosigkeit, die die Menschen eher zum Alkohol hinführt als in normalen Zeiten, verschlechtert sich die Konjunktur für die Schnapsbrennereien und Likörfabrikanten von Jahr zu Jahr. Es macht sich hier die im Interesse der Volksgesundheit so notwendige hygienische Aufklärungsarbeit innerhalb der Arbeiterschaft und der heranwachsenden Jugend bemerkbar.

So geht aus einer Untersuchung in „Wirtschaft und Statistik“ hervor, daß in dem Brennjahr 1930/31 (Oktober bis September) der Verbrauch von Trinkbranntwein seinen seit Jahren anhaltenden Rückgang fortgesetzt hat, und auf 445.000 gegen 485.000 Hektoliter im Vorjahr gesunken ist. Der Verbrauch von Weingeist je Kopf der Bevölkerung ist von 0,75 auf 0,68 Liter jährlich gefallen, während im letzten Vorkriegsjahr noch 2,8 Liter je Kopf der Bevölkerung jährlich konsumiert wurden. Der jetzt vorliegende Bericht des Reichsmonopolamtes für Branntwein,



# JUNO

> IHRER GÜTE WEGEN <  
BERLINS  
MEISTGERAUCHTE  
CIGARETTE 6 Stück 20 Stk



